

HAMBURG/DEN 4. NOVEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 44

Eine amerikanisch-europäische Zentralbank?

Es wird in den Zeitungen berichtet, daß der bekannte amerikanische Finanzmann Vanderlip, der frühere Leiter der National City Bank in New York, sich gegenwärtig in Europa aufhält, um Interesse für seinen Plan zur Behebung der Währungskrisis zu wecken. Nach den Mitteilungen, die darüber in die Öffentlichkeit gelangt sind, handelt es sich um folgendes Projekt:

Es wird eine europäische Zentralbank gegründet, die das Recht hat, Dollarnoten auszugeben. Diese Noten sollen „grundsätzlich“ in Gold einlösbar sein; doch wird diese Einlösung „einstweilen“ nicht stattfinden. Die Noten sollen aber von Anfang an zu 20 Prozent in Gold gedeckt sein.

Das Kapital der Bank wird zunächst auf eine Milliarde Dollar bemessen. Es muß in Goldmünzen eingezahlt werden, und zwar ist jeder Besitzer von Gold zur Zeichnung berechtigt. Vanderlip nimmt jedoch an, daß nur Amerikaner sich gegenwärtig an der Aufbringung des Kapitals beteiligen werden. Sobald Europa stark genug ist, das ausländische Kapital abzulösen, soll der amerikanische Aktienbesitz mit einem Aufgeld von 20 Prozent zurückgezahlt werden. Bis dahin bleibt die ganze Bank unter amerikanischer Kontrolle.

In ihrem Verwaltungsrat haben die Amerikaner die Mehrheit; eine Ergänzung des Rats durch Kooptation ist an die Genehmigung des Bundes-Reserve-Amtes in Washington gebunden. Sie errichtet Zweigbanken in jedem europäischen Lande, dessen Regierung amtlich um die Errichtung ersucht und die gesetzlichen und wirtschaftlichen Vorbedingungen dafür schafft: sie muß ein eingerichtetes Gebäude kostenlos zur Verfügung stellen und diesem Gebäude das Recht der diplomatischen Exterritorialität zugestehen; sie muß den freien Umlauf sowie die Ein- und Ausfuhr der europäischen Dollarnoten gestatten, ebenso den Abschluß von Verträgen, die in solchen Noten zahlbar sind, und die Errichtung von Depositenkonten, die auf jene Dollarwertseinheit lauten; sie muß endlich auf das Recht der Besteuerung der Mitgliedsbanken oder ihres Notenumlaufs verzichten. Hierfür wird sie durch einen bestimmten, mit der Höhe des Gewinns wechselnden Anteil an dem Ertragnis der Bank beteiligt.

Die Einzelheiten dieser Gewinnverteilung erscheinen im Augenblick weniger wichtig als die Art, wie die Geschäftsführung der Bank gedacht ist, die — den Tatsachen ein wenig vorausseilend — „Gold Reserve Bank of the United States of Europa“ heißen soll. Diese Bank erteilt Kredite nur durch

ihre Mitgliedsbanken, und diese wieder treten in Geschäftsverbindung nur mit europäischen Banken, nicht mit einzelnen Kreditnehmern. Diese Kundenbanken haben sich der dauernden Prüfung ihrer Geschäftsgebarung und ihres finanziellen Standes durch die Organe jener Zweigbanken zu unterwerfen. Langfristige Kredite sind ausgeschlossen. Die Zweigbanken kaufen von den Kundenbanken nur Handelswechsel mit zwei- bis (höchstens) dreimonatlicher Laufzeit. Diese Wechsel können bis zu zwei Dritteln des Wechselbetrages rediskontiert werden. Wertpapiere werden nicht beliehen, Regierungskredite nicht gewährt, ausgenommen für die Einfuhr von Waren, die von der Regierung an die Bevölkerung verteilt werden. Der Zinssatz wird von der europäischen Zentralbank festgesetzt.

Es ist nicht zweifelhaft, daß ein solcher Plan durchführbar ist. Fraglich ist nur, ob er die gewünschten Ergebnisse zeitigen wird — und ob die angewandten Mittel für beide Teile wünschenswert sind. Wird die Währungskrisis wirklich durch dies Mittel, wenn auch nicht beseitigt, so doch empfindlich gemildert werden? Sind die angewandten Mittel nicht anders zu beurteilen, ob man sie vom europäischen oder vom amerikanischen Standpunkt aus betrachtet?

Die Verwirklichung des Vanderlipschen Planes, würde die Errichtung einer Filiale des amerikanischen Bundes-Reserve-Systems in Europa bedeuten. Ein Teil des amerikanischen Goldbestandes würde abgezweigt und zur Ausgabe von europäischen Dollarnoten in fünfmaligen Beträgen benutzt werden. Es ist anzunehmen, daß diese Dollarnote in amerikanische ohne weiteres umzuwechseln sind, wenn sie nicht gar in den Vereinigten Staaten Annahmewang, mindestens an den öffentlichen Kassen, erhalten sollen. Die europäische Kundenbank kann sich also durch Rediskontierung von Handelswechseln ohne weiteres in den Besitz von Guthaben in den Vereinigten Staaten setzen. Während dort die Bundes-Reserve-Banken ihren Mitgliedsbanken Wechsel-Rediskontkredite in Dollarnoten gewähren, würden hier die Dollarnoten durch ein ganz analog gebildetes europäisches Zentralreserveinstitut ausgegeben werden, das in enger Fühlung mit dem Bundes-Reserve-Amt in Washington steht.

Diese Analogie ist jedoch nur äußerlich. Das Bundes-Reserve-Amt hat die Aufgabe, innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten die Schaffung von Zahlungsmitteln an die wechselnde Größe des wirtschaftlichen Verkehrs anzupassen. Solange nur echte Handelswechsel von normaler Lauffrist re-

diskontiert werden, gilt hier seit Adam Smith eine Inflation als ausgeschlossen. Das neue Zahlungsmittel wird gleichzeitig mit Absatz der Ware geschaffen und verschwindet, sobald diese in den Verbrauch übergegangen und vom letzten Käufer aus Einkommen bezahlt worden ist.

Anders im Vanderlipschen Plan. Hier wird in Wirklichkeit zum Ausgleich der Zahlungsbilanz ein Exportkredit mit neugeschaffenen Zahlungsmitteln gewährt; d. h. es wird in dem Augenblick der Umlauf an Dollarnoten in den Vereinigten Staaten vermehrt, wo sich infolge der Ausfuhr ihre Warenversorgung vermindert. Die Rediskontierung bedeutet also in diesem Fall die Tendenz zur Preissteigerung infolge von Geldschaffung, auf deutsch: Inflation.

Wir zweifeln nicht, daß Vanderlip diese Wirkung vorausgesehen hat. Wenn er sie trotzdem in Kauf nimmt, so wird ihn der Gedanke bestimmt haben, daß ohne eine solche Inflation die Exportfähigkeit der Vereinigten Staaten nicht zu stärken ist. Da die Zentralmächte und der größte Teil der anderen valutaschwachen Staaten nicht an eine wirksame Kontraktion denken können, bleibt den valutastarken Ländern kein anderer Weg, als den Abstand der Valutakurse durch eigene Inflation zu verringern. Vielleicht glaubt Vanderlip, mit anderen amerikanischen Sachverständigen, daß die Vereinigten Staaten infolge der übergroßen Goldbestände auch sonst in einen Zustand inflationistischer Kreditexpansion geraten würden. Die Schaffung der europäischen Gold-Reserve-Bank würde diese Inflation auf das Feld leiten, wo sie wirtschaftlich immerhin noch am günstigsten wirken könnte: statt die amerikanischen Effekten- und Warenmärkte zu überhitzen, würde sie die mitteleuropäischen Staaten kaufkräftiger machen und dadurch die Produktivität der Weltwirtschaft steigern. Es würden mehr Güter und Leistungen in allen beteiligten Staaten hervorgebracht und abgesetzt, und so würde die preissteigernde Tendenz bald abgeschwächt und schließlich aufgehoben werden.

Die Vorteile des Vanderlipschen Projekts für die Vereinigten Staaten sind demnach klar: Förderung des amerikanischen Exports, Befreiung von dem Midasgeschenk

allzugroßer Goldreserven, Verdrängung der Inflation auf das günstigste Feld, daneben, last not least, Gewinnung eines sehr weitreichenden Einflusses auf die mitteleuropäischen Banken. Für diese aber sind Licht und Schatten ganz anders verteilt. Sie geben ihre wirtschaftliche Selbständigkeit hin und erlangen — kurzfristige Handelskredite. Soweit wir unterrichtet sind, ist es, wenigstens für deutsche Kaufleute von erstem Rang, auch heute noch möglich, solche Kredite in London zu angemessenen Zinssätzen zu erhalten, ohne daß die Kreditnehmer unter ausländische Aufsicht gestellt werden. Die Schwierigkeit scheint uns überhaupt weniger darin zu liegen, Kredite zu erhalten als zurückzuzahlen. Wer kann die Einfuhr ausländischer Rohstoffe wagen, wenn die daraus gefertigten Waren weder in Deutschland noch im Ausland kaufkräftige Nachfrage finden?

Dieser Zustand wird so lange dauern, bis die Staaten den Mut zu einer großen Bilanzreinigung gefunden haben; vor allem die Vereinigten Staaten, deren Forderungen an ihre früheren Verbündeten den eigentlichen Herd der Krankheit bilden — einer verhängnisvoll schleichenden, sobald sie unbezahlt bleiben, einer furchtbar akuten, wenn sie bezahlt werden sollen. Entschließen sich die Vereinigten Staaten nicht zu einem großen Autodafé, unter der Bedingung, daß auch die Tributleistungen Deutschlands auf ein vernünftiges Maß hinabgeschraubt werden, so ist alles umsonst, auch der Vanderlipsche Plan. Bisher scheint man in Amerika noch nicht dazu entschlossen zu sein. Erst in diesen Tagen ist wieder allzu ostentativ verkündet worden, daß die Frage der interalliierten Schulden nicht auf der Washingtoner Konferenz besprochen werden soll, und der englische Unterstaatssekretär Sir Robert Horne hat erklärt, seine Regierung begrüße diesen Entschluß, da sonst „große Verwicklungen“ unabwendbar seien. Mögen dies unsere früheren Gegner unter sich abmachen. Die deutsche Wirtschaft, und mit ihr der Weltmarkt, wird dann eben noch weiter zerrüttet. Wie lange aber werden die Amerikaner versuchen, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen?

Kurt Singer

Vier Jahre Sowjet-Kommunismus

Zum vierjährigen Jubiläum der Sowjetmacht in Rußland scheint es angebracht, die Bilanz des russischen Kommunismus aufzumachen. Die Sowjetregierung ist genötigt, zuzugeben, daß der neue Kurs der Wirtschaftspolitik einen Verzicht auf jeden weiteren Versuch, kommunistische Ideen zu verwirklichen, bedeute. Ende Oktober hielt Lenin auf einer Versammlung des politisch-kulturellen Ausschusses eine Rede, in der er feststellte, man hätte sich davon überzeugen müssen, wie unmöglich es sei, selbst die unterste Stufe des Kommunismus zu erreichen; man hätte mit den sozialen Versuchen eine Niederlage erlitten und müsse nun den Rückzug antreten, d. h. den Kapitalismus wiederherstellen. In einem Jubiläumsaufsatz in der „Prawda“ führt Lenin dieses Eingeständnis dann noch weiter aus und erklärt, es beginne nun eine neue Epoche der russischen Revolution: Abschnitt zwei: Das Entstehen einer neuen Demokratie. Diese neue Demokratie, die das Maximum demokratischer Elemente für die Arbeiter und Bauern enthalte, sei nicht auf dem (erloschenen) Enthusiasmus der Massen, sondern auf dem persönlichen Interesse der unteren Schichten an ihrer Arbeit und am Staate aufgebaut. Der Führer des Kommunismus wirft somit das Steuer um und ent-

wirft Perspektiven, schafft die ideelle Basis für die russische Zukunftsentwicklung. Es wird hiervon noch zu reden sein, — vorerst jedoch sei versucht, festzustellen, was denn nun geworden ist, was infolge der vierjährigen sozialen Experimente tatsächlich in Rußland sich verändert hat. Wobei nicht nach äußeren Umbauten und dem allen Ausländern so auffällige Anstrich der veränderten Lebensverhältnisse, sondern nach der strukturellen Umschichtung, den Verschiebungen im Gefüge des Klassenaufbaus gefragt werden soll.

Sichtbarstes und bedeutsamstes Zeichen der Umwälzung ist ohne Zweifel die restlose Vernichtung der Bourgeoisie. Ökonomisch aller Existenzmittel und politisch nicht nur aller Vorrechte, sondern selbst der elementaren Grundrechte beraubt, sank diese Klasse mitsamt den Erben des Feudalismus, den adligen Großgrundbesitzern, ins Grab. Das erstrebte Ziel der sozialen Revolution, durch die Herrschaft des Industrieproletariats und Stärkung der landlosen oder landarmen Bauern die alten, bisher oberen Klassen zu beseitigen und die Gesamtbevölkerung, wie die Russen sagen, zu „deklassieren“ und zu nivellieren, also die Klassen abzuschaffen, schien erreicht. Bald erwies es sich jedoch, daß eine neue Bourgeoisie ent-

standen war, sowohl eine bürgerliche, d. h. städtische, wie eine dörfliche, — ebenso wie ein Rest der alten Bourgeoisie, nämlich die gebildete Schicht der sog. Spezialisten, der Techniker, Ingenieure, der sachkundigen Intelligenz, zu neuer Geltung gelangte. Die neue städtische Bourgeoisie setzt sich zusammen aus Mitgliedern der kommunistischen Partei, die auf Grund ihrer bisherigen Beamten Tätigkeit in den Sowjets, Volkswirtschaftsräten, Betriebsleitungen und verschiedenerlei bürokratischen Wirtschaftsorganisationen jetzt Pächter und Verwalter kleiner und großer Industriebetriebe geworden sind. Die neue staatskapitalistische Wirtschaftsordnung der „Produktionsdemokratie“ hat diese Elemente an die Stelle gesetzt, wo früher die Kapitalisten standen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche ehemalige Eigentümer der Betriebe, Werkstätten, Fabriken, aber auch eine sehr große Anzahl solcher Kommunisten, die heute die Partei, die ihnen zu einer neuen ökonomisch günstigen Existenz verhalf, in Scharen verlassen. Denn nun sind diese neuen Bourgeois erfüllt von den gleichen Anschauungen, wie die alten: sie wollen eine Sicherung ihres Besitzes, wollen eine Stabilisierung der Verhältnisse und lehnen alle sozialistischen Experimente ab. Der Eigentumsbegriff dieser Elemente läßt sich von demjenigen der Vertreter des Kapitalismus nicht unterscheiden, sofern man nicht sogar behaupten kann, daß die Erkenntnis vom Eigentum als dem Fundament der Wirtschaft und dem Erwerbsstreben als dem psychologisch entscheidenden dynamischen Faktor des Wirtschaftslebens sich jetzt erst, trotz hundertjähriger Unterhöhnung, als Grundlage wirtschaftlichen Denkens unumstößlich gefestigt hat.

Die neue ländliche Bourgeoisie basiert ausschließlich auf dieser Befestigung des Eigentumsbegriffs. Die Großgrundbesitzer sind restlos enteignet worden und mit ihnen, sehr weitgehend, die Großbauern. An ihrer Stelle stehen die ehemals armen, landlosen Bauern, die heute über sehr ansehnlichen Besitz verfügen, den sie als ihr individuelles Privateigentum betrachten. Der Großbauer wurde zur Dorfarmut, diese zum Großbauer — wahrlich ein merkwürdiges Resultat einer der blutigsten Revolutionen der neuen Zeit! Die neuen bourgeoisen Bauern haben bisher allen Versuchen der Kommunisten gegenüber, ihnen ihren Besitz zu schmälern oder den Ertrag desselben fortzunehmen, energischen Widerstand geleistet. Zu Anfang waren auch sie nominell Kommunisten, benutzten die kommunistischen Sowjets der Dorfarmut und die Anwesenheit der Kommissare und Rotgardisten, um den anderen, den Kapitalisten, alles Land und alles Inventar wegzunehmen — jetzt dürften sie jedoch, nach den amtlichen Berichten, so gut wie alle Beziehungen zur kommunistischen Partei gelöst haben. Den größten Vorteil vom Kommunismus haben dabei naturgemäß die Führer des dörflichen Kommunismus gehabt, die Leiter der proletarischen „Keimzellen“, denn diese sind die größten „Kulaks“, d. h. waschechtesten Großbauern und Unterdrücker der neuen Dorfarmen, des ländlichen Proletariats der sozialen Umwälzung, geworden. Naturgemäß ist die alte Ideologie der dörflichen Bourgeoisie restlos von diesen neuen Herren des Landes übernommen worden.

Das alte Problem der russischen Agrarfrage: Ungleichheit der Besitzverteilung und Unmöglichkeit, das ländliche Proletariat mit Land zu versorgen — hat damit jedoch keine Lösung gefunden.

Was nun? fragen sich die kommunistischen Wirtschaftstheoretiker. Die Antwort, die sie parat haben, ist einfach genug: Den neuen wirtschaftlich bevorrechteten Klassen müsse ein unerbittlicher Kampf angesagt werden. Die Regierung stellt sich nach wie vor auf Seite der Besitzlosen, und begünstigt das Anwachsen des Klassenantagonismus. In der Stadt, heißt es, haben die Arbeiter, kleinen Händler und An-

gestellten gegen die Betriebspächter, Großhändler und Spekulanten, d. h. Kaufleute, Makler usw. den wirtschaftlichen Kampf zu beginnen und im Dorfe die Armen und die Kleinbauern gegen die Großbauern vorzugehen. „Der Klassenkampf würde dadurch (!) einen Anstoß in der Richtung wirtschaftlicher Entwicklung erhalten, und die Sowjetregierung nach wie vor eine feste Stütze unter den Armen, Arbeitern und den Kleinbauern finden („Prawda“).“ Wieso der Klassenkampf, der bisher nur eine Personalveränderung, aber keine Veränderung der wirtschaftlichen und ökonomischen Struktur zur Folge hatte und in seinen Folgeerscheinungen die Produktion der Industrie erstickt und die Anbaufläche, also auch den Ertrag der Bodenbewirtschaftung außerordentlich verringert hat, — jetzt einen Anstoß in der Richtung wirtschaftlicher Entwicklung bedeuten soll, bleibt unklar. Diese Unklarheit empfinden augenscheinlich auch die Sowjetleute selbst, denn sie versuchen, die Ursache des bisherigen Mißerfolges der kommunistischen Theorie aufzudecken. Es heißt nämlich bei jeder Gelegenheit, die bisherige Wirtschaftspolitik hätte deshalb keine positiven Resultate gehabt, weil das internationale Proletariat mit der Weltrevolution gezaudert hätte. In einem Staate allein ließe sich die soziale Frage im marxistischen Sinne nicht lösen; heißt dies wohl, — eine Lösung sei nur möglich, wenn in allen führenden kapitalistischen Staaten die Umwälzung gleichzeitig vor sich gehe. Selbst angenommen, daß dies möglich wäre, die soziale Weltrevolution, den internationalen Kapitalismus in allen wichtigen Ländern der Weltwirtschaft mit einem Schlage vernichten würde, — so kann doch für absehbare Zeit hiermit nicht gerechnet werden. Hieraus müßte denn doch unwiderleglich folgen, daß der Klassenkampf zurzeit in Rußland aussichtslos ist. Vor dieser Folgerung scheut sich der Sowjetismus jedoch aus politisch-taktischen Gründen, denn die kommunistische Partei bedarf einer festen Stütze und kann diese nur bei den „Klassenkampf bewußten“ armen Arbeitern und bisher noch nicht saturierten Kleinbauern finden.

Die Sowjetregierung und mit ihr das Proletariat wollen den Klassenkampf fortsetzen. Der Abwanderung der saturierten Kommunisten aus der Partei wird keine Schranke gesetzt, im Gegenteil, sie wird durch das Auskommen der Parteiorganisation gefördert. Die Propaganda bleibt die gleiche, nur mit der Veränderung, daß nicht mehr gegen Kapitalisten und Bourgeois schlechthin, sondern gegen das städtische und ländliche Kleinbürgertum, wie Lenin erklärte, d. h. gegen die Händler, Kaufleute und Großbauern gekämpft werden soll. Nicht jedoch gegen die Großkapitalisten, die Vertreter der Privatinitiative im Wirtschaftsleben, die Großpächter und Arrendatoren der Betriebe, die Spezialisten, Ingenieure, Fachleute, also die Intelligenz. Denn diese stünden ja ohne dem unter der Kontrolle des proletarischen Staates und seien unentbehrlich. Dieser Kampf des Staatskapitalismus und der Produktionsdemokratie gegen den kleinbürgerlichen Kapitalismus gilt als die neue Idee des Sowjetismus. Die Bourgeoisie Nr. 1 ist erledigt; die Bourgeoisie Nr. 2 kommt an die Reihe; dann wird die nächste Auflage folgen und so in infinitum — denn da die Weltrevolution ausbleibt, so gibt es keine Möglichkeit das Entstehen einer jeweils aus anderen Personengruppen bestehende Bourgeoisie zu verhindern. Diese ökonomische Struktur und Klassenteilung scheint demnach unerschütterlich . . .

Es bleibt daher nur die Frage, ob es gelingen wird, die gegenwärtige Bourgeoisie ebenso leicht zu vernichten wie deren Vorgängerin. Augenscheinlich war diese Vernichtung doch nur möglich, weil der alte Kapitalismus außerordentlich große Vorräte hinterlassen hatte. Von diesen Vorräten zehrte das

Proletariat vier Jahre lang. Jetzt sind sie aufgebraucht. Infolgedessen dürfte heute jedes Kampfmittel, daß die Produktion behindert, unbedingt tödlich wirken. Sogar noch mehr: eine Förderung der Produktion ist unabweislich. Es können also nur solche Methoden zur Anwendung kommen, die gleichzeitig produktionsfördernder Natur sind. Dies weiß die Sowjetregierung sehr wohl und hat daher in praxi alle eigentlichen Methoden des Klassenkampfes verboten: Von Streik, Demonstrationen, Sabotage, von Lohnforderungen organisierter Massen usw. darf in den Staatsbetrieben überhaupt nicht mehr die Rede sein. Die neue revolutionäre Disziplin verlangt vom Arbeiter einen Verzicht auf seine bisherige Ideologie. „Die Ideologie der Arbeiter muß der veränderten Grundlage gemäß umgeformt werden“ heißt es nun.

Ob dies gelingen wird und kann, ob es möglich ist, den Arbeitern eine andere Denkweise aufzuzwingen — sie so streng wie dies geplant ist, in zwei verschiedene Schichten

zu teilen: in rechtlose Staatsarbeiter und klassenbewußte Privatarbeiter, ist eine andere Frage. Die Zukunft wird es lehren. Als Resultat läßt sich jedoch feststellen, wie wenig — gemessen am großartigen Programm der Aufhebung der Klassen durch den Klassenkampf — gelang. Gegenwärtig gibt es somit neben dem neuen Bürgertum, dem erstarkten privatwirtschaftlich denkenden und eigentumsfanatischen Bauerntum, ein entrechtetes Staatsproletariat, das aller Klassenkampfmittel beraubt ist und ein dezimierter Rest des Industrieproletariats, welches in privatkapitalistischen Betrieben tätig und auf sich selber gestellt ist, dessen Lage im Vergleich zu früher, jedoch erschwert ist. Denn das Interesse des Staates verlangt Förderung der Produktion, also dieser Betriebe, nicht Unterstützung des Klassenkampfes. Ist da die alte Frage nicht berechtigt: „Darum Mörder und Räuber?“, denn Fortschritt und Aufwärtsentwicklung, an die man so leidenschaftlich glaubte, ist dies wohl kaum.

Dr. Hans von Eckardt

Deutschland

Zur Lage der deutschen Industrie im September 1

Die schon im Juli und August wahrnehmbare Belebung der Beschäftigung für diejenigen Industrien, denen die neue Teuerungswelle einen gesteigerten Auftragseingang brachte, hat — nach dem letzten Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ in Nr. 25 — auch im September angehalten und sich noch auf weitere Industrien ausgedehnt. Die Ursache darf jedoch nicht wie in früheren Zeiten in einem gesunden Aufschwung der Volkswirtschaft gesucht werden. Die Hausse ist vielmehr die beklagenswerte Folge der sinkenden deutschen Valuta, die einerseits zu gefährlichen Spekulationen zwingt, andererseits eine durch Valutazuschläge nicht ausgleichende Verschleuderung deutscher Arbeit im Ausland herbeiführt. Die unentbehrlichen ausländischen Rohstoffe müssen mit immer steigenden Ausfuhrmengen bezahlt werden. Dazu wird die Verarmung der deutschen Volkswirtschaft durch die umfangreichen Entschädigungen auf Grund des Friedensvertrages noch erheblich beschleunigt. — Diesen Tatsachen entsprechend ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten von 1045 im August auf 1062 im September gestiegen. Die Erhöhung beträgt gegenüber dem September 1920 36,3 v. H., gegenüber dem Januar 1921 12,5 v. H.

Aus den einzelnen Berichten typischer Industriebetriebe an das „Reichsarbeitsblatt“ wird eine Besserung des Beschäftigungsgrades ersichtlich. Von 1358 für September berichtenden Einzelunternehmungen mit fast 1,04 Mill. Beschäftigten hat sich der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe von 32 v. H. auf 24 v. H. gesenkt, der Anteil der befriedigend beschäftigten von 32 v. H. auf 37 v. H. und der der gut beschäftigten von 33 v. H. auf 37 v. H. gehoben. Die Anzahl der schlecht beschäftigten Betriebe vom November 1920 mit 100 angesetzt, ergibt für Juli 1921 den Höchststand von 189, für August 167, für September nur noch 124.

*

Die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet hat keine wesentliche Änderung gegen den Vormonat erfahren. Die Förderung betrug bei 26 Arbeitstagen 7,77 Mill. t gegen 8,07 Mill. t bei 27 Arbeitstagen im August. Die arbeitstägliche Förderung wird sich voraussichtlich von 298 000 t auf 299 000 t erhöht haben. Da die wirtschaftlichen Sanktionen am 15. 9. nicht aufgehoben wurden, dauerte die Schädigung der Wirt-

schaft durch sie noch in der Berichtszeit an. Die Wagengestellung war in der ersten Monathälfte befriedigend, ließ aber gegen Ende des Monats stark nach, da für den Rüben-, Kohl- und Kartoffelversand viel Wagenmaterial nötig war. Die Lagerbestände wuchsen bis zum 24. 9. auf 357 000 t an. Immerhin fehlten arbeitstäglich nur 263 Wagen gegen 1022 im Vormonat.

Die Steinkohlenförderung in Oberschlesien hat sich im September gesteigert, ohne aber die Höhe vor den Unruhen zu erreichen. Die Fördermenge betrug 2,678 (2,61) Mill. t in 26 Tagen, die durchschnittliche Tagesleistung 103 001 (96 658) t. Die unregelmäßige Wagengestellung bewirkte einen Rückgang des Abtransports von 2,15 Mill. t auf 1,96 Mill. t. Die fortschreitende Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichte es, daß an einzelnen Tagen die Förderziffern vom April wieder erreicht wurden. Im übrigen aber beeinträchtigten Lohnbewegungen die Arbeitslage. Am 15. 9. beschloß die ober-schlesische Kohlenkonvention mit Genehmigung der Interalliierten Kommission eine Preiserhöhung von 35 M für Grobkohle und 25 M für Kleinkohle.

Die Braunkohlenförderung blieb auf etwa der gleichen mittleren Höhe wie im August. Der Wagenmangel machte sich stark bemerkbar. Die infolge der Teuerung eingetretenen Lohnforderungen führten für sämtliche Reviere des mitteldeutschen Kohlenbergbaus zu nicht unwesentlichen Lohnerhöhungen ab 1. 9.

Die Lage im Erzbergbau hat sich durchweg erheblich verschlechtert. Der Streik der Metallarbeiter hatte zur Folge, daß der Versand an die Siegerländer Hütten ganz ruhte. Die Gruben waren daher gezwungen, Eisenstein zu lagern. Im Lahn- und Dillgebiet hat sich für Roteisenstein die Lage wenig gebessert. Nur der Sturz der Mark hat durch die Verteuerung von Auslandserz die Verhüttung von Inlandserzen bester Sorte etwas begünstigt. Brauneisenstein hat sich weiter verschlechtert; der Versand war kaum nennenswert. Dagegen wurde Vogelsberger Basalteisenstein in letzter Zeit etwas besser abgerufen.

Die Kaliindustrie wird durch den Wagenmangel immer noch stark beeinträchtigt. Die Preise für Kalisalze sind am 1. 9. um 35 v. H. erhöht worden. Gleichzeitig ist auch eine

Steigerung der Gehälter und Löhne um 30 v. H. bzw. 12 M je Schicht eingetreten.

Die Besserung der Marktlage in der Metallindustrie hat auch im September angehalten. Die Inlands- und Auslandsnachfrage war unverändert lebhaft. Der Rückgang der Geschäftsabschlüsse ist mit der Unsicherheit der Marktentwicklung zu erklären. Angesichts der schwankenden Rohstoffpreise, der bevorstehenden Frachterhöhung und der noch nicht abgeschlossenen Lohnbewegungen halten die Werke mit der Hereinnahme neuer Aufträge zurück, zumal da sie für die nächsten Monate mit Aufträgen versehen sind. — In Oberschlesien hat sich der Geschäftsgang durch Inlands- und Auslandsaufträge belebt, jedoch sind die Werke keineswegs voll beschäftigt. Feinbleche und Drahterzeugnisse wurden besonders gefragt. Aber auch für Walz- und Formeisen, Walzdraht und Röhren hat sich das Geschäft gehoben. Rheinland, Westfalen, Hannover, Sachsen und Schlesien berichten über stetig fortschreitende Belegung des Arbeitsmarktes. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise nimmt zu, die Zahl der Arbeitssuchenden sinkt, an einzelnen Facharbeitern herrscht bereits empfindlicher Mangel, während an ungelernten Arbeitern starker Überfluß herrscht. Im Rheinland haben Auslandsaufträge besonders die Lage der Kleiseisenindustrie gebessert.

Nach den Berichten an das R.-A. sind mehr als 50 v. H. der berichtenden Betriebe sehr gut oder befriedigend und 49,4 v. H. gegenüber 72,1 v. H. im Vormonat wenig befriedigend beschäftigt. — Die Preisentwicklung auf dem Eisenmarkte hat steigende Tendenz. — Die Rohstoffversorgung war im allgemeinen unverändert normal. Der Mangel an Kohlen und Kalk und besonders auch an Wagenmaterial machte sich empfindlich bemerkbar.

Die Nachfrage für Roheisen ist im Inlande wie im Auslande sehr rege gewesen. Ebenso bestand für Walzwerkerzeugnisse, Stab- und Formeisen eine verhältnismäßig lebhaft Nachfrage. Die Lage der Gießereien kann als befriedigend bezeichnet werden.

Die Kleiseisen- und Stahlwarenindustrie war besonders gut gestellt. Die Befürchtung einer starken Verteuerung gab zu großen Inlandsaufträgen Anlaß. Das Ausland kaufte sehr rege, einmal wegen des niederen Markstandes, dann auch, um sich vor Einführung der Prohibitivzölle gegen deutsche Waren einzudecken. So haben die Zollmaßnahmen in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz schon hemmend auf den Geschäftsgang der Velberter Schloß- und Beschlagindustrie gewirkt; im übrigen laufen hier jedoch Inlands- und Auslandsaufträge unvermindert gut ein, auch im Schmalkaldener Bezirk wird von weiterer Besserung berichtet.

In der Aluminium- und Emaillewarenindustrie sind die augenblickliche Lage und die Aussichten günstig. Ebenso hat sich der Absatz von Zink, Zink- und Kupferblech deutlich gebessert. Die Verhältnisse am Pleimarkt sind gut und dank erheblicher Aufträge seitens der elektrotechnischen Industrie fest.

Die Lage in der Maschinenindustrie ist noch immer uneinheitlich. Die zu erwartende Preissteigerung hat auch hier zu einer Belegung des Inlandsmarktes geführt, während die Auslandsaufträge trotz der Valuta hinter den Erwartungen zurückblieben. Unter Einwirkung der ausländischen Schutzpolitik mußte mancher Auftrag unerledigt bleiben. Die wieder-einsetzende Besserung in der Schiffbauindustrie hat besonders stark auf die Gesamtlage der Maschinenindustrie gewirkt. Überall ist der Bedarf an Spezialarbeitern sehr gestiegen. —

Nach den Berichten an das R.-A. betragen die gut oder befriedigend beschäftigten Betriebe 64 (58,1) v. H., die mit schlechtem Beschäftigungsgrad 35,5 (40,7) v. H. Die Zahl der vollbeschäftigten Betriebe ist von 93,9 v. H. Ende August auf 96 v. H. Ende September gestiegen.

Die Verbesserung des Beschäftigungsgrades macht sich vor allem im allgemeinen Maschinenbau bemerkbar. Im Werkzeugmaschinenbau ist ebenfalls eine leichte Verbesserung eingetreten; dasselbe gilt für die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken.

Im Lokomotiv- und Waggonbau ist die Lage nicht ungünstig, die Werke haben vorderhand genügend Beschäftigung. Jedoch fehlt es an weiteren Inlands- oder Auslandsaufträgen, so daß die Zukunft ungeklärt bleibt.

Der Beschäftigungsgrad der Automobilindustrie hat etwas angezogen. Die Berliner Automobilausstellung hat teilweise gute Abschlüsse gezeitigt. Die Motorenfabriken sind zufriedenstellend beschäftigt. Die Fahrradindustrie hatte regen Inlands- und Auslandsabsatz. Die Aussichten für die nächste Zeit sind zufriedenstellend. — Nach langem Darniederliegen ist nun auch für die feinmechanischen und optischen Betriebe eine Besserung des Beschäftigungsgrades zu erkennen.

In der Elektrizitätsindustrie hat sich der mäßige Beschäftigungsgrad nur wenig gebessert. In Anbetracht der Teuerung und der nahenden Winterzeit haben sich die Bestellungseingänge etwas vermehrt. Das Auslandsgeschäft wird allerdings durch die Schutzzölle vielfach stark beeinträchtigt. Von den Berichtsfirmen waren der weit-aus größte Teil 85,2 (81,7) v. H. nur befriedigend beschäftigt, 5,7 (4,9) v. H. waren gut, 9 (13) v. H. schlecht beschäftigt. Besonders die Schwachstromelektrotechnik und zum Teil auch die Kabelindustrie zeigten wenig Regsamkeit. Auch die Lage im Straßenkleinbahngeschäft war ungünstig. Verstärkte Aufträge liefen von seiten der Zentralanlagen ein, wobei es sich vor allem um Instandsetzungsarbeiten handelte.

Die chemische Industrie weist gewisse Besserungen auf. Pharmazeutische Erzeugnisse wurden viel verlangt. Das Auslandsgeschäft ist infolge der sinkenden Mark trotz Erhöhung des Valutaaufschlags auf das Doppelte gestiegen. Dagegen ist der Absatz von Farbstoffen, wenn auch in stetigem Steigen begriffen, nicht befriedigend. Die anorganisch-chemische Industrie hat eine gewisse Belegung erfahren, doch werden Befürchtungen über die Dauer dieser Belegung laut. Manche Rohstoffe des Auslands, als Chromerz, Phosphat, Schwefelkies und Braunstein, haben sich erheblich verteuert. Die Preiserhöhungen im Inlande sind weniger stark. Für Tonerde und Tonerdesalze lag das Inlandsgeschäft im Juli und August fast tot; erst gegen Ende August und im September setzte stärkerer Bedarf ein. Ähnlich wurde die Absatzstockung von Wasserstoffsuperoxyd im Berichtsmonat durch ein Regerwerden des Geschäfts abgelöst. Für die Holzdestillation zeigte sich bisher keine Belegung. Der Auftragseingang für photochemische Erzeugnisse war im Inlands- und Auslandsgeschäft einigermaßen befriedigend. Die Mineralfarbenindustrie klagt über große Behinderungen durch die Sanktionen. An Phosphordüngemitteln wurde gute Qualität zu niederen Preisen geliefert. Der Wagenmangel hemmte jedoch den Absatz. Aus demselben Grunde ist Kristallsoda knapp.

Rumänien

Politische Lage — Die künftige rumänische Handelspolitik — Die wirtschaftlichen Verhältnisse — Absatz- und Transportkrise — Die Agrarreform

Die innerpolitischen Verhältnisse Rumäniens sind gekennzeichnet durch einen Feldzug, den der Ministerpräsident Averescu gegen seine parlamentarischen Gegner, insbesondere gegen die siebenbürgische Nationalpartei und ihren Führer Maniu, führt. Averescu bestritt in verschiedenen Reden, daß die Lage seines Ministeriums unhaltbar geworden sei, wie die deutsche Presse behauptet habe, vielmehr erfreue sich sein Ministerium nach wie vor eines ungeminderten Vertrauens der Nation, und er dächte weder an eine Umbildung seines Kabinetts, noch gar an einen Rücktritt. Den auffälligen Aufschub der Krönungsfeier begründet Averescu allein mit baulichen und anderen Vorbereitungen. Averescus Reden scheinen aber die von ihm angestrebte Wirkung nicht zu erreichen. Seine unerhört scharfen Angriffe auf die siebenbürgische Nationalpartei und ihren Führer haben nicht nur bei deren Anhängern eine sehr erbitterte Stimmung erzeugt, sondern sind auch bei den rumänischen Volksteilen Siebenbürgens und im Banat den Sympathien, die man für Averescu hegte, abträglich gewesen. Daher wird in Bukarest die Stellung der Regierung auch weiterhin als unsicher bezeichnet. Wie es heißt, finden Verhandlungen der Liberalen mit den Führern der Bauernpartei statt und es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Krise, die seit langem latent ist, über Nacht akut werden kann. Die einander widersprechenden Meldungen werden allerdings kaum vor Wiedereröffnung des Parlaments eine Klärung erfahren.

Die Stellung des Ministeriums leidet unter dem weiteren Sinken der rumänischen Valuta. Der Kurs des Lei, der in Friedenszeiten gewöhnlich etwas über parität stand, hat sich seit dem Friedensschluß trotz des Zuwachses überaus reicher Gebiete und trotz der Verdoppelung der rumänischen Bevölkerungsziffer ständig verschlechtert. Unzweifelhaft hat Rumänien von allen Siegerstaaten territorial am günstigsten abgeschnitten, und so erschien die Hoffnung berechtigt, daß das neue Groß-Rumänien einer glänzenden Zukunft entgegengehe. Es ist verständlich, wenn in den weitesten Volkskreisen die große Hoffnungsfreudigkeit einer bitteren Enttäuschung Platz gemacht hat, als nach vorübergehenden leichten Schwankungen eine Abwärtsbewegung des Leikurses einsetzte, die wiederholt die Form einer Katastrophe anzunehmen drohte und eine panikartige Beunruhigung des Volkes hervorrief. Die gesamte Presse sucht die Ursachen der Leientwertung zu ergründen und Heilmittel verschiedenster Art werden empfohlen. Alle Beschwichtigungsversuche berufener und unberufener Stellen aber vermögen der unheilvollen Weiterentwertung des Lei keinen Einhalt zu tun. Den Argumenten der Regierung, daß Rumänien über alle Voraussetzungen zum wirtschaftlichen Aufschwung verfüge und daß somit keinerlei Grund zu einem Mißtrauen in die wirtschaftliche Kraft des Landes vorhanden sei, vermögen nicht, die Opposition mundtot zu machen, die in erster Linie die gegenwärtige Regierung für die unhaltbaren Zustände auf dem Geldmarkt verantwortlich macht. Die oppositionellen Organe werfen der Regierung Leichtfertigkeit und Unfähigkeit vor, weil es ihr nicht gelungen sei, die schaffenden Kräfte des Landes zusammenzufassen, und sie weisen besonders darauf hin, daß die Knebelung der nationalen Minderheiten in den neuerworbenen Gebieten eine der Hauptursachen des Kursrückganges sei.

Es ist in diesem Zusammenhange nicht uninteressant, daß die Bukarester Presse, die bisher überhaupt abgeleugnet hatte, daß Rumänien aus einem Nationalstaat ein Nationalitätenstaat geworden ist, neuerdings zugibt, daß ein Minderheitenproblem für Rumänien besteht. Es ist dies immerhin bereits ein Fortschritt. Wenn gleichzeitig bekannt wird, daß die ungarische Sprache im siebenbürgischen Amtsverkehr zugelassen werden soll, so darf angenommen werden, daß eine Änderung des bisherigen Systems sich vorbereitet. Im Interesse des Landes würde es unzweifelhaft liegen, wenn die Gegensätze innerhalb der Volksteile ausgeglichen würden.

Der kürzlich in Wien, zu Verhandlungen über einen zwischen Rumänien und Deutsch-Österreich abzuschließenden Handelsvertrag, weilende rumänische Handelsminister äußerte sich über die künftige Handelspolitik etwa folgendermaßen: „Der Handelsvertrag mit Österreich bedeutet ebenso wie der vor einiger Zeit zwischen Rumänien und der Tschecho-Slowakei abgeschlossene den ersten Schritt zur Beendigung der Abschließungspolitik der Nachkriegszeit und stellt sich als eine dem Friedensstande angemessene Abkehr von den einschneidenden Ein- und Ausfuhrverboten dar, die in den letzten Jahren den internationalen Handelsverkehr gekennzeichnet hatten. Rumänien hält nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, an Stelle der allgemeinen Verbote den freien Handelsverkehr treten zu lassen mit der Möglichkeit zeitweiliger Einschränkungen in besonderen Fällen. Das künftige Handelsverhältnis zwischen Österreich und Rumänien, wie es in dem neuen Handelsvertrage geregelt werden soll, wird daher nicht einen Tarifvertrag zur Grundlage haben, sondern auf generell freiem Verkehr mit Meistbegünstigungsbestimmungen beruhen.“

Nach rumänischen Bestimmungen werden neuerdings Weizen und Roggen und deren Mahlprodukte ausschließlich in Staatsbetrieb genommen d. h. vom Staat aus gekauft. Der Staat wird den über den Heimbedarf hinaus verbleibenden Überschuß für den Export verkaufen. Was die anderen Zerealien wie Mais, Gerste, Bohnen anbelangt, muß der Produzent 50 % gegen sofortige Bezahlung dem Staat überlassen und erhält andererseits die Ermächtigung, über die restlichen 50 % frei zu verfügen und diese Menge evtl. auch zur Ausfuhr zu bringen. Während also der Staat das Privileg des Exportverkaufs von Weizen und Roggen und den daraus gewonnenen Mahlprodukten sich selbst vorbehält, überläßt er das freie Verfügungsrecht über die Hälfte der anderen Zerealien dem Produzenten.

Bei dem Export von Weizen hat Rumänien in gegenwärtiger Zeit nicht ganz freie Hand, da Frankreich bereits für 20 000 Waggons Weizen Zahlung geleistet hat, aber erst 5000 Waggons geliefert worden sind. Demnach werden in erster Linie die restlichen 15 000 Waggons berücksichtigt werden müssen, ehe man daran gehen kann, den Bedarf anderer Käufer zu decken.“

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Rumäniens stehen entgegen allen halboffiziösen Meldungen, die von einem äußerst günstigen Stand der wirtschaftlichen Lage zu berichten wissen und trotz aller Meldungen, die die französische Presse geflissentlich verbreitet, nach wie vor im Zeichen einer ernsthaften Depression. Es kann nicht abgeleugnet werden, daß Rumänien noch immer tief in

einer schweren Wirtschaftskrise steckt. Sehr viel richtiger ist denn auch die Beurteilung, die die Pariser Finanzwelt der wirtschaftlichen Lage Rumäniens zuteil werden läßt. Die französischen Finanziers sind über die inneren Verhältnisse Rumäniens sehr genau orientiert und von einem tiefen Pessimismus erfüllt. Die Notierung des Lei in Paris mit 14—16 Centimes ist ein beredter Ausdruck dessen. Die rumänische Finanzreform, die vom Parlament angenommen wurde und im September in Kraft getreten ist, scheint die in sie gesetzten Hoffnungen nicht zu erfüllen. Der Finanzminister Titulescu sah sich daher gezwungen, um nur die dringendsten Ausgaben bestreiten zu können, bei der Nationalbank zwei Darlehen im Gesamtbetrage von 600 Mill. Lei aufzunehmen und zwar zu überaus ungünstigen Bedingungen. 400 Mill. sind zur Deckung laufender Ausgaben bestimmt und 200 Mill. wurden zur Bezahlung des für den Inlandsbedarf bestimmten Getreides verwandt. Ende September hielt sich Titulescu in Basel auf, um mit den Bundesbehörden über die Aufnahme einer rumänischen Anleihe in der Schweiz zu verhandeln. Das schon oben erwähnte früher mit französischen Finanzleuten abgeschlossene Darlehen von 200 Mill. fr gegen Lieferung von 20 000 Waggons Getreide ist französischerseits gekündigt worden, weil Rumänien mit der Lieferung des Weizens im Rückstand geblieben war.

Auch in der privaten Wirtschaft ist von einem Rückgang der Absatz- und Produktionskrisis noch nicht viel zu merken. Nach wie vor sind die Speicher mit Waren überfüllt. In Galaß mußten selbst große Geschäftsräume zu Lagerzwecken umgewandelt werden, einmal weil die vorhandenen Lagerhäuser dem Bedarf nicht genügten, und zum andern, weil die Vermietung von Geschäftsräumen zu Lagerzwecken heute viel rentabler ist als der Betrieb eines Kaufladens. Der auf dem Warenmarkt vielfach beobachtete Preiserückgang war eine Folge der Tatsache, daß viele Geschäftsleute die Warenimporte unter Inanspruchnahme von Bankkrediten getätigt hatten. Als die Kredite fällig wurden, ohne daß durch den Verkauf der Waren Deckung dafür vorhanden war, wurde vielfach zu Zwangsverkäufen geschritten, die wesentlich auf den Markt drückten. Eine bedeutende Zahl von Zahlungseinstellungen, insbesondere italienischer Manufakturisten, war die Folge. Die Absatzkrisis konnte nur infolge der stark eingeschränkten Kaufkraft der rumänischen Bevölkerung den großen Umfang gewinnen, den sie tatsächlich zeigt. Da die Kreditverpflichtungen der rumänischen Kaufleute vielfach noch aus einer Zeit datieren, als der Lei einen wesentlich höheren Kursstand aufwies, macht sich der Ruf nach einem Moratorium

für Auslandsverpflichtungen immer energischer geltend. Dieser Forderung gegenüber verhält sich die Regierung aber noch strikt ablehnend, weil sie weiß, daß die Bewilligung des Moratoriums eine schwere politische Schädigung für das Land im Gefolge haben müßte.

Dem Preiserückgang in allen Industrieprodukten war im Mai ein wesentlicher in allen Agrarerzeugnissen gefolgt, der auch jetzt noch nicht behoben ist. Die Ursache hierfür war einerseits die Erwartung einer ertragreichen neuen Ernte, andererseits die Behinderung der Ausfuhr infolge der schlechten Transportverhältnisse. Dazu kam eine Überproduktion an Vieh. Wenngleich die Transportverhältnisse sich in den letzten Monaten ständig gebessert haben, so kann von normalen Verhältnissen fürs erste doch noch nicht gesprochen werden.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die rumänische Handelsbilanz, die in Vorkriegszeiten fast stets mit 1 Mill. Lei aktiv war, jetzt noch völlig passiv ist. Die schlechte Wirtschaftspolitik, die eine schrankenlose Einfuhr von Luxuswaren nicht nur ermöglichte, sondern, um den französischen Freunden gefällig zu sein, geradezu begünstigte, zeitigt jetzt ihre Früchte.

Die Agrarreform, durch welche den Großgrundbesitzern das Land genommen und unter die Bauern zur selbständigen Bewirtschaftung verteilt worden ist, zeigt schon jetzt die befürchteten Folgen. Während bei dem wesentlich geringeren Umfang Rumäniens vor dem Kriege in den fünf Jahren von 1912 bis 1916 durchschnittlich 2 390 000 t Weizen geerntet wurde, wird die diesjährige Ernte auf nur 1 600 000 t veranschlagt. Die Gründe für den Ernterückgang sind klar, denn unzweifelhaft begünstigte der Großgrundbesitz die Großzügigkeit der landwirtschaftlichen Betriebsführung durch die Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen. Der Bauer aber kennt nur die primitivsten Geräte und arbeitet mit minderwertigem Gespann. Es ist daher zu begrüßen, daß die landwirtschaftlichen Verbände und die Landinspektoren jetzt den Versuch machen, die rumänischen Bauern in der Anwendung neuzeitlicher Maschinen und rationeller Wirtschaftsmethoden zu unterweisen.

Die Regierung wünscht auch in anderer Richtung den bäuerlichen Produzenten zu fördern, indem sie, wie bereits oben erwähnt, den Getreidezwischenhandel ausschaltet und monopolisiert. Sie hat ein Getreideausfuhr-Syndikat mit einem Kapital von 500 Mill. Lei gegründet, dem die Erledigung des gesamten Getreideausfuhrgeschäfts übertragen worden ist.

H. W.

Türkei

Das französisch-türkische Abkommen und England — Griechenland kriegsmüde, Friedensfühler in Paris? — Angora und der Sultan — Ententewillkür und Not in Konstantinopel — Amerikanisches Kapital für Bahnbauten in Angora? — Die Verkehrsentwicklung der Häfen Angoras — Die Wirtschaftslage im Smyrnagebiet

Aus den Hauptstädten der Entente ist vor wenigen Tagen die Nachricht gekommen, daß endlich das französisch-türkische Abkommen rechtsgültig abgeschlossen worden ist, durch das unter tatsächlicher Aufhebung des Sevresvertrages der Kriegszustand zwischen Frankreich und der Angoraregierung beendet wird. Die Bedingungen dieses Abkommens werfen ein höchst eigenartiges Licht auf die französisch-englischen Beziehungen im Orient. Obwohl von amtlicher Pariser Seite mehr als ein-

mal versichert worden war, daß die Mission des Herrn Franklin-Bouillon nach Angora nur den Gefangenenaustausch zwischen den beiden Staaten bezwecke und daß die Republik dabei keinerlei politische Nebenabsichten im Auge habe, wird jetzt bekannt, daß auf Grund von Verhandlungen Franklin-Bouillons mit Mustafa Kemal Pascha ein Vertrag zustande gekommen ist, der die englischen Interessen in der Türkei auf das schwerste beeinträchtigt, wenigstens wenn es den Franzosen mit seiner Durchführung ernst ist. Dieser Vertrag sieht nämlich,

abgesehen von dem Verzicht Frankreichs auf Cilicien, vor, daß die Politik des Quai d'Orsay die türkischen Ansprüche auf Smyrna und Thrazien unterstützen und vor allem auf die völlige Räumung Konstantinopels und der Meerengen seitens der Ententetruppen dringen würde. Als Gegenleistung würde die Türkei sich nur verpflichten, die Meerengen der Dardanellen und des Bosphorus der freien Durchfahrt zu öffnen und, was für die Franzosen das Wichtigste ist, das französische Mandat über Syrien anerkennen.

Beide Vertragspartner dürfte eine Notlage dringender Art zum Abschluß dieses für beide Teile bedenklichen Abkommens gezwungen haben und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man auf beiden Seiten für seine Erfüllung eine *reservatio mentalis* voraussetzt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Frankreich seine Türkenfreundlichkeit in der Smyrna- und Thrazienfrage und vor allem im Hinblick auf das für England so überaus wichtige Konstantinopel mehr als Druckmittel und Tauschobjekt gegenüber Großbritannien auffasse, als daß es ernsthaft an eine Einlösung seiner Mustafa Kemal gegenüber eingegangenen Verpflichtungen denken wird. Ebenso ist damit zu rechnen, daß die Angoraregierung nicht in Wirklichkeit bereit sein wird, ihr Prestige in den arabischen Ländern dadurch aufzuopfern, daß sie auf die Propaganda in Syrien verzichtet. Allein für den Augenblick mußte Frankreich alles darauf ankommen, wenigstens nach außenhin in Syrien Ruhe zu bekommen und den Arabern klar zu machen, daß sie von Norden her auf keine Unterstützung mehr rechnen dürften, während für die an Menschen und Material erschöpften Türken das Freiwerden der in Cilicien stehenden Truppen schlechterdings für die Fortführung des Krieges in Anatolien eine Notwendigkeit war. Man wird daher gut tun, die französisch-türkische Freundschaft nicht allzu ernst zu nehmen, zumal auf französischer Seite auch ein gut Teil Rancune gegen England wegen der Krönung des in Paris und Damaskus ehrlich gehaßten Emir Feissal zum König von Mesopotamien mit im Spiele gewesen sein mag.

Der Krieg in Kleinasien hat sich völlig totgelaufen. Die griechische Offensive, die die Truppen König Konstantins im Hochsommer bis unmittelbar vor die kemalistische Hauptstadt geführt hatte, ist an der Ausweichtaktik der Türken, den riesigen Entfernungen und den Transportschwierigkeiten gescheitert und die Griechen haben sich auf die Linie Eski Schehir-Afiun Karahissar zurückziehen müssen, wobei es zweifelhaft bleibt, ob sie sich in dieser Stellung werden behaupten können, sobald die Türken den cilicischen Sukkurs herangezogen haben werden. Daß man in Athen kriegsmüde ist, geht schon daraus hervor, daß der griechische Ministerpräsident Gunaris nach Paris und London gereist ist, offenbar um das Feld für eine geeignete Friedensvermittlung der Ententemächte zu sondieren. Daß gleichzeitig auch Bekir Sami Bey, der aus den Verhandlungen vom Frühjahr her bekannte kemalistische Diplomat sich in Paris aufhält, ist sicherlich kein Zufall. Daß Herr Gunaris in Paris ziemlich kühl aufgenommen worden sein soll, während Bekir Sami Bey am 22. dieses Monats von Briand empfangen wurde, ist zweifellos als ein Erfolg des Franklin-Bouillon-Abkommens und eine französische Demonstration gegen London aufzufassen.

Außerordentlich kompliziert scheint sich das Verhältnis der nationalen Regierung in Angora zur Hohen Pforte und dem Sultanshause gestaltet zu haben. Die Konstantinopler Regierung und vor allem der Sultan

und der Thronfolger sollen allen Nachrichten zufolge mehr und mehr unter englischen Einfluß geraten sein, weswegen in Angora die antidynastischen republikanischen Strömungen, die natürlich von Rußland aus genährt werden, die Oberhand gewinnen sollen. Parallel mit dieser gegen das Haus Osman gerichteten Bewegung gehen Bestrebungen von arabischer Seite, das Khalifat den türkischen Usurpatoren zu entreißen und die Würde der Nachfolgerschaft des Propheten wieder nach einem der alten Khalifensitze nach Kairo, Damaskus oder Bagdad zu verlegen. Auch hier streiten natürlich englische und französische Interessen wider einander.

In Konstantinopel ist die Unzufriedenheit der türkischen Bevölkerung mit der eigenen Regierung, vor allem aber mit den Organen der vielgestaltigen Ententemachthaber außerordentlich groß geworden. Für einen Türken gibt es vor diesen zahllosen einander oft feindselig gegenüberstehenden Vertretern der Regierungsgewalt keinerlei persönliche oder rechtliche Sicherheit. Was dem Franzosen recht ist, braucht deshalb dem Engländer oder dem von ihm beherrschten türkischen Polizisten gegenüber noch lange nicht billig zu sein. Die geringfügigste Übertretung wird durch empfindliche Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet. Verboten ist es, eine Zigarette an der anderen zu entzünden und sich nicht dazu eines Streichholzes zu bedienen; verboten aus Gründen der Wohlanständigkeit mit offener Weste herumzulaufen oder mit niedergetretenen Pantoffeln sich auf der Straße zu zeigen; verboten auch, ein Huhn mit dem Kopf nach unten an den Füßen vom Markt nach Hause zu tragen, da solches Verfahren den Gesetzen des Tierschutzes widerspricht. Daß aber die englische Polizei bei jeder Gelegenheit die Bevölkerung und auch ihre türkischen Kollegen mit Fußtritten regaliert, versteht sich von selbst, ebenso wie die französische Soldateska nur zu häufig in den Geschäften das Zahlen der „eingekauften“ Waren vergißt und jede Erinnerung mit Handgreiflichkeiten quittiert. Das Ergebnis ist natürlich eine schwere Enttäuschung und Verbitterung der eingeborenen Bevölkerung, und zwar nicht nur der Türken, sondern auch der Levantiner. Nie ist Deutschland so populär in der Türkei gewesen wie jetzt und was alle deutsche Propaganda während des Krieges nicht zu Wege gebracht hat, ist dem wüsten und unklugen Benehmen der Ententemachthaber gelungen.

In wirtschaftlicher Hinsicht dauert die Depression, die seit der Scheidung des Osmanenreiches in eine besetzte, unter Ententeeinfluß stehende Türkei und ein von der Angoraregierung kontrolliertes Anatolien eingesetzt hat, unvermindert an. Die überbevölkerte, von russischen und anderen Emigranten volle Hauptstadt, die ohne Industrie und landwirtschaftliches Hinterland sich nicht ernähren kann und nicht imstande ist, die ihr zuströmenden Produkte des Auslandes weiterzuleiten, erstickt im Überfluß an Waren und verhungert vor Mangel an Lebensmitteln. Die Zentralregierung in Stambul, abgeschnitten von fast allen ihren Einkunftsquellen, ist allein auf Zölle, Verbrauchssteuern und lokale Abgaben angewiesen, die mehr und mehr erpresserischen Charakter annehmen. Aber auch alle diese Steuererhebungen vermögen in keiner Weise die Bedürfnisse des Staatshaushaltes zu befriedigen, obwohl man durch Anleihen bei der Staatsschuldenkasse und der Landbank die notwendigsten Bedürfnisse zu decken suchte. Die Preise sind ungeheuerlich gestiegen. Ein Hotelzimmer kostet für eine Nacht 15 türkische Pfund oder mehr, Wohnungen sind überhaupt nicht oder nur zu Preisen zu haben,

die nur noch für amerikanische Börsen erschwinglich sind. Am deutlichsten zeigt sich die Krankhaftigkeit der Verhältnisse in Konstantinopel in der Handelsbilanz. Während im Jahre 1920 die Einfuhr 169,4 Mill. Ltq. betrug, wurden für nur 47,8 Mill. Waren ausgeführt, d. h. die Millionenstadt verbraucht viermal so viel Werte, als sie selbst zu produzieren imstande ist.

Einen besonders hohen Anteil am Import nach Konstantinopel nimmt der amerikanische Handel ein. Während im Jahre 1919 die Vereinigten Staaten für rund 8 Mill. nach der türkischen Hauptstadt einführen, stieg der amerikanische Import im vergangenen Jahre auf fast 26 Mill. Ltq. Wie überall im Orient wurde damit Amerika auch hier Englands schärfster Konkurrent.

Auch von der Angoraregierung sind Anstrengungen gemacht worden, amerikanisches Kapital, von dem man keine imperialistischen Nebenabsichten befürchten zu müssen glaubte, für die wirtschaftliche Erschließung des Landes zu interessieren. Der Nationalversammlung in Angora sind verschiedene Projekte unterbreitet worden, deren Ausführung nur durch die unsichere militärische Lage verhindert oder verzögert worden ist. Als solche mit amerikanischer Hilfe auszuführende Pläne sind in erster Linie der Bau einer Eisenbahn von Samsun nach Sivas und von Adalia nach Konia zu nennen. Der Bau solcher Bahnen aus dem Innern nach den Hafenplätzen der Schwarzen- und Mittelländischen Meerküste würde endlich in Anatolien die Schwierigkeiten beheben, die heute dem Abtransport der reichen Bodenschätze entgegenstehen, die im Innern von Kleinasien lagern. Als solche sind vor allem Weizen, Tabak, Wolle, Mohair und Nüsse zu nennen.

Abgesehen von den Transportschwierigkeiten hat auch die dauernde Finanznot der Angoraregierung dazu geführt, den Handel der Außenwelt mit Anatolien zu erschweren. Sowohl die Zölle für die Einfuhr als für die Ausfuhr sind sehr beträchtlich erhöht worden. So sind die Importzölle neuerdings auf 40 % ad valorem erhöht worden, ohne daß dadurch die eingeführten Waren vor der stets drohenden Requisition der Regierung geschützt würden, die ihrerseits für requirierte Waren nur 10 % des bezahlten Zolles vergütet.

Die bedeutendsten Häfen der kemalistischen Türkei sind Trapezunt, Samsun und Adalia. Trapezunt, das mehrfach von den Griechen beschossen wurde, hat viel von seiner Wichtigkeit eingebüßt. Seine Aus- und Einfuhrziffern betrugen im Jahre 1920 etwa je 1,8 Mill. Ltq. Samsun, der Hauptausfuhr-

hafen für anatolischen Tabak, wies im Jahre 1920 einen Export von 5,8 Mill. auf, während die Einfuhr auf 850 000 gesunken war. Die niedrigen Importziffern dieser Schwarzen Meerhäfen sind ohne weiteres verständlich, wenn man bedenkt, daß bis heute das Schwarze Meer Kriegsgebiet und von den Griechen blockiert ist. Im Gegensatz dazu hat Adalia, das vor dem Kriege kaum eine Rolle im kleinasiatischen Handel spielte, einen sehr bedeutenden Aufschwung genommen. Adalia liegt in der italienischen Einflußzone und die Italiener sind von Anbeginn der Durchdringung der Türkei mit Ententeinfluß an diejenige Ententemacht gewesen, die es verstanden hat, unter kluger Zurücksetzung jeder imperialistischen Tendenz nur kommerzielle Vorteile zu suchen und zu finden. Unter dem Einfluß dieser Politik sind seither in Adalia zahlreiche Bankniederlassungen und Handelsunternehmungen italienischer Nationalität entstanden. Infolgedessen zeigt der Handel von Adalia gegenüber der Vorkriegszeit eine sehr beträchtliche Steigerung. Im Jahre 1920 wurden über diesen Hafen für 5,1 Mill. Ltq. Waren aus- und für 8,2 Mill. eingeführt. In der Importziffer dürfte ein großer Teil des kemalistischen Heeresbedarfs einbegriffen sein. Für die Kemalisten hat der Hafen von Adalia durch den Verlust von Afium Karahissar an die Griechen insofern viel an Bedeutung verloren, als sie eine Automobilverbindung nach dieser Stadt eingerichtet hatten, die die wertvollste Verbindung ihrer Hauptstadt mit der europäischen Außenwelt darstellte. Seitdem sich Afium Karahissar in griechischen Händen befindet, müssen alle Transporte über die schwierige Strecke nach Konia geleitet werden.

In den von den Griechen besetzten Gebieten Anatoliens hat sich der Handel infolge der von Tag zu Tag schwankenden Lage nicht in dem erhofften Maße entwickeln können. Das Hinterland von Smyrna ist ausschließlich Agrargebiet. Eine nennenswerte Industrie gibt es nicht, und die Bewirtschaftung der Äcker hat infolge der Kriegsmaßnahmen schwer gelitten. In der Provinz Smyrna beträgt die diesjährige Gerstenernte 40 000 t gegen 90—100 000 in der Vorkriegszeit. Ebenso ist die Sultanenernte auf die Hälfte der Friedensproduktion zurückgegangen. Sie beträgt heute etwa 23 000 t. Nur der Feigenertrag erreicht mit ungefähr 25 000 t die früheren Ziffern. Trotz dieses Niedergangs der Produktion hat der Finanzhaushalt von Smyrna im vergangenen Jahre ein Mehr von 2 Mill. Drachmen aufzuweisen, was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die starke griechische Garnison die Bedürfnisse des Landes in ungewöhnlicher Weise erhöhte.

Cp.

Niederländisch-Indien

Allgemeine Lage — Staatsfinanzen und Anleihen — Steuer- und Zollpolitik — Kolonialprodukte: Preise und Ausfuhr — Die Marktlage für Zucker, Rubber, Petroleum — Arbeitsverhältnisse; Mindestlöhne, Gewinnanteilkassen; Streiks; der neue Unternehmerverband — Verfassungsrechtliche Reformen

Amsterdam, Mitte Oktober 1921.

Die wirtschaftliche Krisis, in deren Zeichen heute die Niederlande und ihre Kolonien stehen, hatte sich zuerst in den asiatischen Teilen des Reiches fühlbar gemacht; Sinken der Preise der Kolonialerzeugnisse, Unverkäuflichkeit der Importartikel in den Kolonien, besonders in Niederländisch-Indien, waren die ersten Hinweise hierauf gewesen. Die Krisis hat sich dann immer mehr verschärft, doch ist es vielleicht dem Umstande zu danken, daß sie sich gerade in Indien zuerst äußerte, daß die Verluste daselbst wie auch die endgültige

Gestaltung der allgemeinen Lage etwas weniger schwer waren, als in erst später von ihr ergriffenen Gebieten. Die Anzeichen hatten Sicherheitsmaßnahmen ermöglicht.

Den allgemeinen Zustand Niederländisch-Indiens schildert der kürzlich erschienene sehr umfangreiche und instruktive Bericht der niederländisch-indischen Umlaufmittelbank, der Javasche Bank folgendermaßen:

„Die allgemeine Wirtschaftslage Niederländisch-Indiens muß man in der Tat alles eher denn rosig nennen, worin sie sich übrigens von der der übrigen Welt in keiner Weise unterscheidet. So scheint es, daß auch

noch der Javaschen Bank größere Schwierigkeiten nicht erspart bleiben werden, aber doch ist die Lage in Handel, Ackerbau und Industrie in Niederländisch-Indien nicht so, daß man der Zukunft mit zu großen Sorgen entgegensehen müßte. Hier kann von einem vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft nicht gesprochen werden, denn dieser ist in der Tat nicht vorhanden. Auch heute sind — das darf man nicht übersehen, — die Preise im allgemeinen noch höher als jene, die man vor dem Kriege bezahlte. In dem Maße, als wieder normale Zustände auf der Welt eintreten werden — und das kann nicht ausbleiben, auch wenn sich diese Wiederherstellung nur mit Unterbrechungen vollziehen kann — werden auch die normalen Produktionskosten wiederkehren und ebenso eine mehr normale Nachfrage nach den Erzeugnissen Niederländisch-Indiens. Die Schwierigkeiten müssen mitgemacht und werden überwunden werden.

Die kräftige Stellung der Umlaufsmittelbank, die gemeinsame Zusammenarbeit der übrigen Banken in Niederländisch-Indien, wie sie sich in dem letzten Jahre zeigte, bieten die Bürgschaft, daß man der schwierigen Lage hier leichter Herr werden wird als anderwärts. Niederländisch-Indien steht nicht vor dem wirtschaftlichen Untergang; sicher ist zu erwarten, daß ein großer Teil des in den letzten Jahren so leicht verdienten Geldes wieder verloren gehen wird; aber damit verschwinden nicht die Pflanzungen usw., die auf festem Grund errichtet sind. Bessere Zeiten werden wieder anbrechen.

Inzwischen wirkt der Konjunkturrückgang doch auch stark auf die Finanzlage des Landes zurück und die Regierung mußte sich schon im Frühjahr 1921 mit dem Gedanken vertraut machen, eine neuerliche Staatsanleihe aufzunehmen. Die niederländischen Kammern gaben dazu die Zustimmung und so wurde Ende Juli 1921 ein erster Abschnitt von 75 Mill. fl 7 % Nied.-Ind. Anleihe allein in den Niederlanden (nicht in den Kolonien) dem Publikum zur Zeichnung *al pari* angeboten; die Anleihe wurde doppelt überzeichnet. Mit dem Satz von 7 % hatte der Finanzminister den höchsten bewilligt, den er gemäß der parlamentarischen Ermächtigung zugestehen durfte. Nach dieser Ausgabe setzte sich die konsolidierte niederländisch-indische Staatsschuld aus folgenden Beträgen zusammen:

1. Teilnahme an der 3 % Niederländischen Staatsanleihe von 1883 mit einem Betrage von ursprünglich 44 Mill. fl, gegenwärtig noch rund 35 250 000 fl.
2. Ebenso an der 3 % Schuld von 1898 mit ursprünglich 57 815 000 fl; jetzt noch rund 34 400 000 fl.
3. Eigene Schulden Niederländisch-Indiens:
 - a) 5 % Anleihe von 1915; Tilgungsfrist 25 Jahre
 - b) 5 % Anleihe von 1916; Tilgungsfrist 40 Jahre
 - c) 5 % Anleihe von 1917; Tilgungsfrist 40 Jahre
 - d) 6 % Anleihe von 1919; Tilgungsfrist 40 Jahre
 - e) 7 % Anleihe von 1921; Tilgungsfrist 40 Jahre.

Diese letzte Emission bildet den ersten Abschnitt einer insgesamt auf 250 Mill. fl sich belaufenden Anleihe; es ist zu erwarten, daß die weiteren Abschnitte zu etwas geringerem Zinssatz untergebracht werden können; die neue Anleihe notiert 2—3 % über *pari*.

Man hatte sich zu der Ausgabe dieser Anleihe auch deshalb entschließen müssen, weil die Schuld der Regierung bei der Javaschen Bank, die im Juni 1920 rund 40 Mill. betrug, Anfang November 1920 auf 145 Mill. fl gestiegen war. Hierin war eine, zwar erfolgreiche, doch nicht dauernd und vollkommen wirksame Veränderung durch die Ausgabe von 4 % Schatzwechseln mit zwölfmonatiger Laufzeit gebracht worden.

Man hatte gehofft, daß in den Zustand der Staatsfinanzen durch eine neue Steuern- und Abgabepolitik, die sich bemühen sollte, die großen Gewinne der Kolonialunternehmungen zu erfassen, eine Besserung kommen würde. Durch den Preissturz der Kolonialprodukte ist diese Hoffnung, wenigstens soweit es sich um Exportabgaben auf noch zu verschif-

fende Produkte handelt, wohl zuschanden gemacht. Dieses Steuerprogramm hatte umfaßt:

1. Eine Erhöhung und Ausdehnung der bestehenden Einkommensteuer und im Zusammenhang damit, die Aufhebung der Kriegsgewinnsteuer;
2. eine Abgabe, — während dreier Jahre, — von einigen der wichtigsten Stapelartikel, nämlich Zucker, Kaffee, Tee, Tabak, Kautschuk und Chinarinde. Diese Abgabe erfolgt für die vier erstgenannten Erzeugnisse in Form einer direkten Gewinnsteuer und für die beiden letztgenannten in Form eines Ausfuhrzölles;
3. eine einmalige Abgabe von der Zuckerernte 1919 und den Chinarindernten von 1918 und 1919;
4. eine Ausdehnung und Erhöhung der Ein- und Ausfuhrzölle;
5. eine Erhöhung der Verbrauchsabgaben auf Alkohol, Petroleum und Streichhölzer.

Die hier wohl besonders interessierenden Abgaben sind die unter 2, 4 und 5 genannten. Die erstere geht von dem Gedanken aus, als Grundlage der Besteuerung die Differenz zwischen dem Ertrag und dem Erzeugungspreis des Artikels anzunehmen, und zwar wird die Steuer derartig erhoben, daß sie bei einem — nach besonderen Bestimmungen zu berechnenden

— Selbstkostenpreis und Ertrag den Unterschied progressiv besteuert. Bei Kaffee beginnt die Besteuerung bei einem Unterschied von mehr als 10 %, in welchem Falle sie 1,5 % dieser Differenz beträgt; sie steigt bei einem Unterschied zwischen Gestehungs- und Verkaufspreis von 150 % bis auf 20 % dieser Differenz. Bei Zucker beträgt die Besteuerung bei einer solchen Preisdifferenz von 1 fl je Pikul 1 ct und steigt auf 3 fl bei einer solchen von 15 fl usw. Ähnlicher Art sind die Besteuerungen von Tabak, Tee, Kaffee.

Die Einfuhrzölle bewegen sich bei dem von rein fiskalischen Erwägungen ausgehenden Zollgesetz Indiens zwischen 6 und 12 %. Die meisten bisherigen Sätze (früherer Höchstsatz 10 %) wurden um je 2 % erhöht und früher zollfreie Artikel, die jetzt zollpflichtig sind, haben 6 % vom Wert zu entrichten. —

Was die Ausfuhrzölle betrifft, so werden solche auf die Dauer von drei Jahren erhoben von Kautschuk, Chinarinde und Chinin; ferner von Kopra, Pfeffer und Kokosöl; besonders wichtig aber ist die Erhöhung der bestehenden Ausfuhrzölle von Petroleum und dessen Nebenprodukten. Der Satz für Leuchtöl und höherwertige Nebenprodukte wurde von 3 auf 7,50 fl je t gesteigert, der für die geringerwertigen von 0,60 auf 1,50 fl je t. Die meisten der genannten Zollerhöhungen traten am 18. 5. 21 in Kraft, die neuen Ausfuhrzölle auf Kautschuk usw. am 16. 8. d. J.

In den letzten Jahren hatte der Ertrag der Ein- und Ausfuhrzölle und Verbrauchsabgaben betragen:

1917	38 623 000 fl	1919	52 233 000 fl
1918	39 575 000 „	1920	83 583 000 „

Die neuen Ausfuhrzölle und -abgaben werden bei weitem nicht den Ertrag bringen, den die Regierung von ihnen erwartete, denn die Preise der Kolonialartikel sind, wie bekannt, ungemein stark gefallen. So galten im Jahre 1920 auf Java folgende Preise (in fl):

	1. 1.	1. 7.	31. 12.		1. 1.	1. 7.	31. 12.
Zucker	45,50	55,50	20,—	Kopra	34,50	24,—	20,—
Kaffee, Java	90,—	80,—	64,—	Rubber	1,47	1,05	0,45
„ Robusta	64,—	44,50	28,50	Tapioka	13,—	10,50	7,—

Die Bewegung der Preise im laufenden Jahr veranschaulicht nachstehende Übersicht, die mehr die im Welthandel geltenden berücksichtigt:

Artikel	Platz	Usance	tiefste Notierung	höchste Notierung	letzte Notierung (5.10.)
Kaffee	Amsterdam	et je 1/2 kg			
Robusta		fob	35	38	38
Santos		loko	29	31	30
Kopra	Batavia	fl je Pikul			
		Sept.-Okt.	17 1/4	20	—
Petroleum	New York	\$ je Faß			
Pennsylv. Rohöl ..			2,25	6,10	2,75
Raff. in Kisten ..		\$ct je Gall.	16,50	26,50	16,50
Rubber	London	sh je lb			
Standard crêpe ..			—/8 1/3 1/2	—/9 1/4	
smoked sheet			—/7 1/1 1/2	—/9 1/4	
Rubber	Amsterdam	et je 1/2 kg			
Standard crêpe ..			37 1/2	77	50
smoked sheet			37	71	50
Zucker	London	s je lb			
roh, cif Europa ..			19/—	43/—	21/—
zentrifug.	New York	\$ct Dez.	2,34	3,20	2,40
Zinn	Amsterdam	fl je 50 kg			
Banka		Oktober	91	125 7/8	93

Die Mengen einiger wichtiger Ausfuhrartikel von Java und Madöra betrugen in 1000 Einheiten:

	Maß	1918	1919	1920
Erdnüsse, geschält	kg	5 010	8 811	8 676
„ nicht geschält	„	2 169	6 091	9 726
Kakao	„	806	2 408	995
Kautschuk	„	17 303	35 263	31 166
Kopra	„	3 493	103 848	49 733
Hüte (Bambus usw.)	St.	4 231	9 861	11 031
Hörner	„	11 119	97 845	45 174
Häute (Büffel)	kg	1 127	5 751	3 816
„ (Kuh)	„	1 610	4 560	2 080
„ (Ziegen usw.)	St.	1 026	3 078	1 106
Chinarinde	kg	2 440	5 402	4 526
Chinin	„	251	642	419
Kaffee (Java)	„	645	12 677	2 241
„ (Liberia)	„	281	2 150	154
„ (Robusta)	„	3 402	78 523	38 628
„ (anderer)	„	1 107	8 232	2 655
Öle	l	30 267	83 607	64 848
Pfeffer (weiß)	kg	1 741	3 654	1 661
„ (schwarz)	„	10 135	20 355	7 515
Pisangnüsse	„	4 989	6 724	4 864
Spiritus	l	4 916	15 462	17 349
Tabak	kg	3 459	98 800	102 200
Tapioka	„	27 985	124 580	75 385
Tee	„	27 732	50 626	43 138
Zinn	„	11 565	16 252	13 648
Kapokfaser	„	8 843	17 082	12 205
Baumwolle	„	2 140	606	693
Sisalhanf	„	14 051	15 119	16 141
Ölhaltender Samen aller Art ..	„	836	11 182	15 229

Zu der Marktlage einiger der wichtigsten Kolonialartikel noch einige Bemerkungen:

Zucker. Dem Zuckertrust, der V. I. S. P. ist es schließlich gelungen, wenn auch unter Schwierigkeiten, den Rest der Ernte 1921 zu verkaufen. Kürzlich wurde der Durchschnittspreis der verschiedenen Sorten bekanntgegeben; er stellt sich folgendermaßen: 15,52 fl je Pikul Kristallzucker, 16,56 für Supérieur, 14,47 für Muscovads usw.; hierbei ist jedoch angenommen, daß die auf 200 000 t lautenden Lieferverträge mit der in Schwierigkeiten geratenen Java Oversea Trading Co., einer Tochterunternehmung einer norwegischen Firma, zum Kontraktpreis abgenommen werden. Über diese Abnahme und verschiedene damit zusammenhängende Bankgarantien für Erfüllung der Lieferung resp. Zahlung bestehen Streitigkeiten. Sollte die Abnahme nicht zu den vertraglich bedungenen Preisen erfolgen, so wird der Durchschnittspreis für Kristallzucker 15,09 fl und entsprechend mehr und weniger für die anderen Sorten betragen. Die neue Zuckerkampagne läßt sich nicht sehr vielversprechend an. Der unter Friedensnotierung gesunkene Zuckerpreis in New York für Kubazucker weisagt auch für den Javazucker nicht viel gutes und so melden die

täglichen Marktberichte keine oder doch nicht nennenswerte Verkäufe durch den Trust, der es wieder mit dem Abwarten probieren zu wollen scheint.

Kautschuk. In Amsterdam vermochten die Preise sich in der letzten Zeit etwas günstiger zu gestalten; eine durchgreifende Besserung dieses Produktionszweiges ist nicht zu konstatieren. Die mit der Rubber Growers Association, der englischen Organisation, in Verbindung stehende holländische Internationale Vereeniging voor de Rubber-Cultuur hat die Vorschläge ihrer Leitung auf 50 % Einschränkung der Produktion mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Es ist mithin zu erwarten, daß eine ganze Reihe der Unternehmungen, die nicht finanzkräftig genug sind, als zum Untergang verurteilt in kürzerer oder längerer Zeit verschwinden werden, was — man mag zur Frage des „survival of the fittest“ stehen wie man will — unbedingt einen schweren Verlust an geleisteter Arbeit, Kapital usw. bedeutet.

Die schlechte Lage dieser Industrie — aber auch die anderer — hat bewirkt, daß die Pläne zur Errichtung einer Hilfsbank für die Pflanzungen (Cultuurhulpbank) nunmehr Verwirklichung fanden. Diese Bank wurde nun unter Teilnahme einer Reihe der größten Firmen Niederländisch-Indiens mit Regierungshilfe mit einem Kapital von vorläufig 1 Mill. fl errichtet. Die Hilfe der Regierung besteht darin, daß sie sich bereit erklärte, für etwaige Verluste bis zu einer vom Gesetzgeber zu bestimmenden Höhe aufzukommen. Die Hilfsbank soll den in Schwierigkeiten geratenen Pflanzungen Hilfe bringen, damit diese nicht zu Spottpreisen in die Hände von harten Kreditgebern fallen. Der Leiter des Landbau-, Industrie- und Handelsdepartements der niederländisch-indischen Regierung wurde zum Vorsitzenden ernannt, dem in der Frage der Kreditgewährung die entscheidende Stimme zusteht.

Petroleum. Von der Gruppe der Koninklijke-Shell resp. ihrer niederländisch-indischen Produktionsunternehmung der „Bataafsche“ wird ein ungemein scharfer Feldzug gegen die, wie weiter oben erwähnt, ziemlich stark erhöhten Ausfuhrzölle auf Petroleum und Petroleumprodukte geführt. Die Gesellschaft, der erst vor wenigen Monaten nach langwierigen parlamentarischen Kämpfen, welche nicht immer ein sehr erquickliches Schauspiel boten, die ausgedehnten Djambi-Konzessionen zur gemeinsamen Ausbeutung mit der Regierung durch eine neue Gesellschaft, die Ned. Ind. Aardolie-Mij., überlassen wurden, erklärt, daß diese Ausfuhrzölle so schwer seien, daß sie nicht imstande sei, die Konkurrenz mit dem Auslande auszuhalten und angesichts der gefallen Petroleumpreise (doch ist zu bemerken, daß vor wenigen Tagen zum ersten Male zwei rasch aufeinanderfolgende Preiserhöhungen in New York eintraten) nicht mehr mit Gewinn arbeiten könne. Sie wandte sich erst mit einer Adresse an die Regierung, und gab bekannt, daß sie bald zur Schließung einiger indischer Betriebe übergehen würde, sowie daß sie der holländischen Industrie vorläufig erteilte Aufträge im Betrage von 15 Mill. fl wieder entzogen habe, für die heimische Industrie unter den gegenwärtigen Umständen ein doppelt schwerer Schlag. Den in Europa befindlichen Angestellten wurde mitgeteilt, daß sie mit baldiger Rückkehr nach Indien nicht zu rechnen hätten und auf Wartegeld gesetz wurden. Diese wandten sich daraufhin an die Regierung wegen einer Ermäßigung der Ausfuhrzölle. Bald folgte ein gleichartiges Telegramm der Angestelltenvereinigung der „Bataafsche“ in Indien, in welchem diese auf die dem Personal drohende Gefahr der Entlassung als Folge von Betriebs-einschränkungen, -verlegungen und -stillegungen hinwies. Das Personal der Gruppe zählt rund 1300 Europäer und 30 000 Asiaten. Schließlich wandte sich auch — und dieses Ereignis

verdient besondere Aufmerksamkeit — die durch den Entgang der Aufträge schwer bedrohte heimische Industrie an die Regierung, indem eine Reihe der größten niederländischen Firmen in einer Adresse auf die Folgen des Entganges an Bestellungen hinwies. Sicher ein ungewöhnlicher Schritt oder vielmehr eine ungewöhnliche Reihe von Schritten, die aber zum Greifen deutlich zeigen, welche ungeheure wirtschaftliche Macht in dieser einen Unternehmung zusammengeballt ist. Diese hat ihren ersten Drohungen auch die Tat folgen lassen. Sie hat einen der am wenigsten rentabel arbeitenden Betriebe stillgelegt und scheint auch den Raffinationsbetrieb teilweise nach außerindischen Gebieten verlegt zu haben (Siam?). Im indischen „Volksraad“, einer nur beratenden, nicht beschließenden halbparlamentarischen Körperschaft, war kürzlich, wie hier vollständigkeitshalber erwähnt sei, beantragt worden, die Ausfuhrzollsätze auf ein vielfaches der geltenden zu steigern; auch bleibe nicht unerwähnt, daß in einer Arbeiterversammlung in Indien die Verstaatlichung der Petroleumindustrie gefordert wurde. Die Kampagne der Koninklyke scheint aber größeren Erfolg gehabt zu haben als diese Wünsche; wenigstens meldet ein eben eingetroffenes Telegramm, daß man in indischen Regierungskreisen eine Ermäßigung der Sätze oder ähnliche Maßnahmen erwägt.¹⁾

Was nun die Arbeiterverhältnisse in Indien betrifft, so herrscht auch dort Unruhe und zwar sowohl unter dem indischen Personal als auch unter dem europäischen. Während bei dem letzteren es sich um rein wirtschaftliche Fragen handelt — es wurde eine überaus große Zahl Pflanzungs-„Assistenten“ entlassen und kann nun keine Stellung finden — gehen bei dem indischen Personal Beweggründe wirtschaftlicher, religiöser, nationaler und rassenpolitischer Art durcheinander. Die Bewegung des Sarikat Islam, die der Regierung viel zu schaffen machte, ist nicht tot, wenngleich sie augenblicklich zu energischem Handel nicht imstande sein dürfte. Sie scheint auch bei dem drohenden großen Eisenbahnerstreik eine Rolle zu spielen. Als Grund wird von Seiten des Personals angegeben, daß Massenentlassungen bei den Staatsbahnen drohen. Trotzdem diesen Gerüchten von Seiten der Direktion mit der Erklärung entgegengetreten wurde, daß an solche Entlassungen nicht gedacht werde, scheint doch die Furcht davor einer der Gründe des bevorstehenden Streiks zu sein. Ein angesehenes Blatt Javas nennt nämlich als solche: die Unsicherheit unter dem niedrigen Personal hinsichtlich seiner Stellung, den Wunsch der Leiter der Fachverbände, „ihre Existenzberechtigung nachzuweisen“, und drittens die Entfremdung, die zwischen der Leitung der Staatseisenbahnen und den Gewerkschaftsführern entstand, und dringt auf Beilegung des Konfliktes, womöglich durch eine neutrale Kommission.

Zwei Pläne wurden in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit stärker besprochen, die eine Besserstellung der indischen Arbeiter zum Ziele haben. Einmal die Einführung von Mindestlöhnen, die ein bereits 1919 eingeforderter, jetzt er-

schienener Bericht der „Zentral-Arbeitskommission“ befürwortet, und dann die von sogenannten „Gewinnanteilkassen“ für die einheimische Bevölkerung. Dieser Plan — es handelt sich um einen Lieblingsgedanken des kürzlich neuerannten Generalgouverneurs, des ehemaligen Kolonialministers und Kammervorsitzenden Dr. Fock — sieht vor, daß ein Betrag von 1% des über 6% Dividende hinausgehenden Reingewinnes, an diese Kassen abgeführt werden soll. Der Grund, weshalb man die Einrichtung dieser Kassen, die den ihnen zufließenden Beitrag zugunsten der Dorfgemeinschaft (Dessa) für hygienische, soziale usw. Maßregeln verwenden sollen, vornahm und den Gewinn nicht lieber dem einzelnen Arbeiter selbst zuwandte, der zu seiner Erzielung beigetragen hat, liegt in der geringen Entwicklung des heimischen Arbeiters. Man befürchtete, daß er das Prinzip einer solchen Gewinnbeteiligung nicht verstehen werde, daß er einfach seine Arbeitsleistung nach Maßgabe des Gewinnes verringern würde usw. Der Plan fand nicht viel Beifall. Nicht nur die Unternehmer sprachen sich dagegen aus, auch von Seiten unparteiischer Kenner der Verhältnisse wurde er bekämpft. Man erwartet u. a., daß er nicht zur Herbeiführung des Klassentriedens, sondern zur Verschärfung des Klassenstreites dienen würde. Auch betrachtet man ihn vielfach als eine Art Steuer und bezweifelt, ob die Regierung ohne weiteres an seine Durchführung schreiten darf. Dies bestreitet Generalgouverneur Dr. Fock. Diese Kassen sind nach seiner Meinung nur ein Mittel zur Ausschüttung von Tantiemen und zugleich ein vorzügliches Mittel zur Verbreitung der Wohlfahrt in den Zuckergebieten. In einem Interview wandte sich Generalgouverneur Dr. Fock ziemlich scharf gegen die Zuckerindustriellen, die, statt mit ihm über diesen Vorschlag zu beraten, ihn heftig bekämpften. Er hofft aber, daß solche Beratung noch möglich sein werde.

Die niederländisch-indischen Unternehmer haben sich in der letzten Zeit eine festere Organisation gegeben. Nachdem von Seiten der Zuckerindustriellen Bestrebungen nach engerem Zusammenschluß eingeleitet worden waren — zum Teil wohl unter dem Einfluß der weniger günstigen Zeitverhältnisse — ist dieser Zusammenschluß nun als Organisation aller Industrie- und Pflanzerkreise zustande gekommen, die einen Unternehmerverband „Ondernemersraad“ bildeten, dessen Leitung der ehemalige Universitätsprofessor und Finanzminister Dr. Treub, eine Persönlichkeit von nicht zu unterschätzender wissenschaftlicher und politischer Bedeutung, aber von sehr rasch wechselnden politischen Anschauungen, übernahm; nunmehr zieht er sich gänzlich aus dem politischen Leben zurück. Es bleibt nun abzuwarten, welchen Einfluß die neue Organisation auf die Arbeitsverhältnisse in Indien üben wird.

Die Thronrede vom 20. 9. teilt mit, daß während noch an verschiedenen Verfassungsänderungen für das Mutterland gearbeitet, auch eine Revision des „Regierungsreglements“ für Niederländisch-Indien vorbereitet wird. Sicher wird von deren Art und Weise, von dem Maße der Befugnisse, das sie dem vor drei Jahren errichteten „Volksraad“, der sich sehr bewährte, bringen wird, und von dem der Autonomie, das der Kolonie zugestanden werden soll, viel für die nächste Zukunft Indiens und damit des Mutterlandes abhängen.

Dr. Wilhelm Mautner

¹⁾ Während diese Zeilen geschrieben wurden, brachte die Presse die Antwort des Ministers für Ackerbau und Handel auf eine Anfrage eines Abgeordneten der zweiten Kammer: „daß es ihm bekannt sei, daß der Kolonialminister bereits seit einiger Zeit mit dem Generalgouverneur über einen Ersatz der gegenwärtigen Ausfuhrzölle auf Petroleum usw. . . durch eine besondere Petroleumbesteuerung berät, welche die Betriebsresultate zur Grundlage haben soll.“

Vereinigte Staaten

Die gegenwärtige Schifffahrtspolitik

Amerikas neue Handelsflotte leidet schwer unter der Krise des Weltfrachtenmarktes. Die hohen Einstandskosten der während des Krieges und in den ersten beiden Nachkriegsjahren erbauten Schiffe sowie hohe Betriebskosten schließen bei dem gegenwärtigen Frachtenstand eine Rentabilität der amerikanischen Schifffahrt nahezu aus und die erlittenen Verluste zwingen das Schifffahrtsamt, die Zahl der von ihm eingerichteten regelmäßigen Überseeverbindungen auf das äußerste einzuschränken und Schiffsraum in immer größerem Umfange still zu legen. Von den 1400 stählernen Dampfern des Schifffahrtsamtes sind gegenwärtig kaum noch 400 in Fahrt und eine weitere Kürzung dieser Tonnage steht für die nächste Zeit bevor.

Daß bei diesem Stand der Dinge die Vertreter der extremprotektionistischen Richtung in der amerikanischen Schifffahrtspolitik wieder die Oberhand gewinnen und der Ruf nach wirksamstem Schutz der heimischen Flagge mit immer größerer Dringlichkeit erhoben wird, kann nicht wunder nehmen. Reeder und Schiffbauer haben sich zu einer Einheitsfront zusammengefunden, um die Durchführung der Jones-Akte, die man als die magna charta der amerikanischen Schifffahrt bezeichnet, von der Regierung zu erzwingen. Auch die Eisenbahngesellschaften haben sich dieser Phalanx neuerdings angeschlossen. Dem wachsenden Druck dieser Bewegung folgend hat das Schifffahrtsamt die Bedenken, die bisher die Suspendierung wichtiger Bestimmungen der Jones-Akte veranlaßten, zurückgestellt und sich immer entschiedener für die Durchführung der weiteren noch nicht in Kraft getretenen Gesetzesbestimmungen ausgesprochen. Die wichtigsten der zurzeit erwogenen Maßnahmen zum Schutze der amerikanischen Flagge sind:

a) Abgabefreiheit der amerikanischen Küstenschifffahrt im Verkehr durch den Panamakanal. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist kürzlich mit geringer Mehrheit im amerikanischen Senat angenommen worden.

b) Erhöhte Tonnagegelder und Zollzuschläge für fremde Schiffe des „indirekten“ Verkehrs. Jedes Schiff einer fremden Flagge, das zwischen einem nicht-heimischen Hafen und den Vereinigten Staaten verkehrt, soll mit erhöhten Tonnen- und Zollabgaben belegt werden. Diese Bestimmung würde insbesondere für den britischen Schiffsverkehr nach den Vereinigten Staaten, der zu einem sehr beträchtlichen Teile „indirekt“ ist, einen schweren Schlag bedeuten.

c) Einführung der in der Jones-Akte (Sektion 28) vorgesehenen Vorzugs-Eisenbahnfrachten auf Import- und Exportgüter, die mit amerikanischen Schiffen befördert werden. Das Schifffahrtsamt hat keinen Zweifel gelassen, daß es die von ihm

bisher aufgeschobenen, den Verkehr der fremden Flagge auf das schwerste benachteiligenden Präferentialraten in Kraft zu setzen beabsichtigt. Es ist indessen gebunden an das Einverständnis der das Eisenbahntarifwesen des Landes regelnden Interstate Commerce Commission, die zurzeit noch mit einer gründlichen Untersuchung der Frage beschäftigt ist. Um der Einführung der Präferentialraten den Weg zu ebnen, sind Reedereien und Eisenbahngesellschaften übereingekommen, den Plan einer gemeinsamen umfassenden Verkehrsorganisation zum Transport amerikanischer Güter zu Lande und über See vorzubereiten.

d) Durchführung der Sektion 34 der Jones-Akte, die die Kündigung sämtlicher Handelsverträge vorsieht, durch die die Vereinigten Staaten gehindert werden, fremden Schiffen höhere Tonnageabgaben und Zollzuschläge aufzuerlegen als den heimischen Fahrzeugen. Auch diese Maßnahme, die die Aufhebung oder Abänderung von ungefähr 24 oder 25 Handels- und Schifffahrtsverträgen der Vereinigten Staaten mit fremden Nationen bedeuten und Amerika handelspolitisch isolieren würde, wird ernstlich und dringend gefordert.

Wenn sich auch bis jetzt von keiner dieser extremen Forderungen sagen läßt, daß ihre Erfüllung unmittelbar bevorstehe — Harding hat erst kürzlich unter Hinweis auf die bevorstehende Washingtoner Konferenz eine weitere Diskussion über die Frage der Abgabefreiheit amerikanischer Schiffe im Panamakanalverkehr sowie über die Frage der nachteiligen Behandlung der fremden Flagge im „indirekten“ Verkehr als inopportun bezeichnet — so wird man doch nach Lage der Verhältnisse über kurz oder lang mit dem Inkrafttreten weiterer Schutzmaßnahmen, also mit einer weiteren Erschwerung des Verkehrs der Schiffe fremder Flaggen rechnen müssen.

Die deutschen Schiffe sind bereits heute einer nachteiligen Behandlung in amerikanischen Häfen ausgesetzt. Man fordert von ihnen außer der gewöhnlichen tonnage duty von 6 Cent je t auf Grund zweier älterer Gesetze über „Sondertaxen fremder Schiffe in Ausnahmefällen“ noch eine Extrataxe von 1 \$ je t. Von den in Betracht kommenden Reedereien ist diese Sondertaxe, die den Charakter einer discriminating duty hat und nach dem Sinne der erwähnten Gesetze nur berechtigt wäre, wenn Schiffe unter amerikanischer Flagge in deutschen Häfen diskriminatorisch behandelt würden, unter Protest bezahlt und die Rückzahlung der verauslagten Beträge beantragt worden. Eine Entscheidung über diesen Protest soll getroffen werden, sobald sich die zuständige Stelle (das Department of Labor) auf Grund des von ihr angeforderten Materials ein Urteil über die Behandlung amerikanischer Schiffe in deutschen Häfen gebildet hat.

A. K.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Partität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	1. 11.	1. 11.	1. 11.	1. 11.
Berlin..... 100 M	100,—		1,61	3,02½
Wien..... 100 K neu	85,—	9,50	8,—	0,13½
Budapest... 100 K	85,—	22,75	22,25	0,67½
Prag..... 100 K	85,—	172,50	170,—	5,10
Amsterdam 100 fl	168,75	6200,—	6225,—	185,75
Kopenhagen 100 Kr	112,50	3357,50	3410,—	55,30
Stockholm.. 100 Kr	112,50	4157,50	4160,—	67,40
Kristiania.. 100 Kr	112,50	2440,—	2500,—	39,70

Partität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	1. 11.	1. 11.	1. 11.	1. 11.
Helsingfors. 100 F.M.	81,—	300,50	298,—	
Zürich..... 100 fr	81,—	3322,50	3350,—	54,—
Madrid..... 100 Pesetas	81,—	2425,—	2440,—	37,27½
Rom..... 100 Lire	81,—	745,—	740,—	11,97½
Brüssel.... 100 fr	81,—	1310,—	1302,50	21,02½
Paris..... 100 fr	81,—	1345,—	1342,50	21,62½
London.... 1 £	20,43	714,25	716,—	11,53½
New York.. 1 \$	4,20	181,50	181,50	2,93½
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	59,—		
Rio de Janeiro 1 Milreis	1,36	23,25		
Valparaiso. (1 \$ M/C = 1,53 M)	notierte für 100 M	6,70 \$ M/C		

	Wien 31. 10. K	Prag 31. 10. K	London 31. 10. *)	New York 1. 11. \$
Berlin 100 M	2397,—	58,50	705,—	0,55½
Wien 100 K		2,17½		
Amsterdam. 100 fl	149950,—		11,53½	34,04
Kopenhagen 100 Kr	83775,—			
Zürich 100 fr	80475,—		21,47½	
Paris 100 fr	32080,—		53,52½	7,35
London 1 £	17390,—			3,91½ 60 fr
New York .. 1 \$			3,93½	

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
	1. 11.	1. 11.	1. 11.	1. 11.	1. 11.
Reichsmark	-97,28	-97,55	-96,57	-97,19	-97,68
Dt. österr. Krone	-99,73	-99,76			-99,88
Französ. Frank.	-54,95	-59,75	-45,83	-55,21	-61,90
Pfund Sterling	-4,75	-14,99	+14,54	-5,12	-19,47
Dollar	+17,99	+5,15	+42,57	+17,92	

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	22. 10.	29. 10.
Alexandrien, £:	97½ Pst	97½ Pst
Bombay/Kalkutta, Rup.: 1 s 4½ d—1 s 4½ d		1 s 4½ d—1 s 4½ d
Hongkong, \$:	2 s 9½ d—2 s 10½ d	2 s 9½ d—2 s 10½ d
Schanghai, Tael:	4 s—4 s 1 d	4 s—4 s 1½ d
Singapore, \$:	2 s 3½ d—2 s 4 d	2 s 3½ d—2 s 3½ d
Yokohama, Yen	2 s 5½ d—2 s 5½ d	2 s 4½ d—2 s 4½ d
Montevideo T. T., \$:	40½ d—41½ d	40½ d—41½ d
Rio de Janeiro, Mil.:	7½ d	8½ d
Buenos Aires T. T., \$:	44½ d—44½ d	44½ d—44½ d
Valparaiso 90 T., £:	34,70 chil. \$	34,60 chil. \$

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften im 3. Vierteljahr 1921

Die ersten bedeutenden Neugründungen und Kapitalserhöhungen nach dem Kriege setzten im 3. Vierteljahr 1919 ein, doch bewegten sich die damals neu investierten Kapitalien in bescheidenen Grenzen.

Die Entwicklung in den zwei Jahren bis Oktober 1921 gestaltete sich wie folgt (in 1000 M.):

	4. Vierteljahr 1919 ..	531 512	4. Vierteljahr 1920 ..	2 722 010
1. " 1920 ..	1 075 441	1.	" 1921 ..	4 984 378
2. " 1920 ..	2 114 613	2.	" 1921 ..	4 493 037
3. " 1920 ..	2 178 404	3.	" 1921 ..	4 048 227

Der Höhepunkt scheint somit in den Monaten Januar/März d. J. erreicht worden zu sein. Im Durchschnitt der Jahre 1910/13 war die Vierteljahrssumme: 205,5 Mill. M.

Der Anteil der einzelnen Gewerbegruppen an der Gesamtsumme in den Monaten Juli, August und September 1921 ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Gewerbegruppen	Neugründungen Anzahl	1000 M.	Kapitalserhöhg. Anzahl	1000 M.
Land- u. Forstwirtschaft	Juli	1	1 000	—
	Aug.	—	—	—
	Sept.	1	500	—
Tier- und Geflügelzucht	Juli	—	—	—
	Aug.	2	1 500	—
	Sept.	—	—	—
Erzbergwerke und Hüttenbetriebe	Juli	—	6	41 000
	Aug.	—	5	176 568
	Sept.	—	3	79 000
Kohlenbergbau, Koks, Briketts	Juli	3	4 500	3
	Aug.	—	4	64 969
	Sept.	1	100	2
Torfbau	Juli	—	—	—
	Aug.	—	—	—
	Sept.	—	—	1
Salz-, Kali- und Salpeterwerke	Juli	—	—	3
	Aug.	—	—	3
	Sept.	—	—	1
Petroleum, Erdöle usw.	Juli	—	—	—
	Aug.	—	—	2
	Sept.	—	—	1
Stein-, Marmor-, Basalt-, Schieferfabriken usw.	Juli	—	—	—
	Aug.	1	600	1
	Sept.	1	1 100	—

Gewerbegruppen	Neugründungen Anzahl	1000 M.	Kapitalserhöhg. Anzahl	1000 M.
Zement, Kalk-, Asphalt-, Gipswerke	Juli	1	8 000	4
	Aug.	—	—	3
	Sept.	1	800	5
Chamottefabriken, Ziegeleien, Tonwarenfabr.	Juli	1	3 700	6
	Aug.	1	1 000	3
	Sept.	—	—	2
Steingut-, Ofenfabriken, Töpfereien	Juli	—	—	1
	Aug.	—	—	—
	Sept.	—	—	—
Porzellanfabriken	Juli	—	—	2
	Aug.	—	—	—
	Sept.	—	—	—
Glas- u. Spiegelfabriken	Juli	—	—	2
	Aug.	1	16 000	1
	Sept.	1	2 000	—
Metallindustrie	Juli	7	29 800	18
	Aug.	5	13 800	10
	Sept.	7	12 950	6
Maschinen-, Apparate- u. Armaturenfabriken ..	Juli	8	22 900	30
	Aug.	8	55 000	17
	Sept.	8	21 350	12
Schiffbauanstalten	Juli	1	6 000	1
	Aug.	1	5 000	1
	Sept.	—	—	—
Fabriken für Uhren, Feinmechanik und Optik.	Juli	2	5 500	—
	Aug.	2	12 000	1
	Sept.	1	1 250	2
Musikwerke	Juli	—	—	2
	Aug.	—	—	—
	Sept.	1	3 500	1
Elektrotechn. Fabriken.	Juli	2	2 355	6
	Aug.	2	3 000	7
	Sept.	3	7 600	3
Elektrizitätswerke	Juli	1	30 000	2
	Aug.	1	2 000	3
	Sept.	—	—	3
Fabriken für Chemikalien	Juli	4	6 500	4
	Aug.	3	8 250	2
	Sept.	3	4 100	5
Farben- und Bleistiftfabriken	Juli	—	—	1
	Aug.	—	—	1
	Sept.	—	—	—
Pulver, Spreng- u. Zündstoffe	Juli	1	1 000	—
	Aug.	—	—	—
	Sept.	1	500	—
Gasgesellschaften	Juli	—	—	1
	Aug.	—	—	1
	Sept.	—	—	—
Öl-, Seifen-, Firnisse-, Fette-, Leimfabriken.	Juli	1	3 000	2
	Aug.	1	10 000	2
	Sept.	—	—	2
Düngerfabriken	Juli	—	—	—
	Aug.	—	—	1
	Sept.	—	—	—
Woll-, Wirkerei-, Kämmeri-, Spinnerei-, Wollgarn-, Wollwarenfabr.	Juli	1	1 500	—
	Aug.	—	—	—
	Sept.	—	—	1
Kammgarnspinnereien und -webereien	Juli	—	—	1
	Aug.	—	—	2
	Sept.	—	—	1
Tuch- und Filzfabriken	Juli	—	—	—
	Aug.	—	—	1
	Sept.	—	—	—
Leinenindustrie	Juli	—	—	—
	Aug.	—	—	—
	Sept.	—	—	1
Baumwollspinnereien und -webereien	Juli	1	20 000	2
	Aug.	—	—	3
	Sept.	—	—	5
Spitzen-, Tüll- und Gardinenfabriken	Juli	—	—	—
	Aug.	2	4 500	—
	Sept.	—	—	2
Jutespinnereien und -webereien	Juli	—	—	—
	Aug.	—	—	—
	Sept.	1	2 000	—
Seilerwaren, Treibriemen- u. Taufabriken	Juli	—	—	1
	Aug.	—	—	—
	Sept.	—	—	1

Gewerbegruppen	Neugründungen			Kapitalserhöhg.			Gewerbegruppen	Neugründungen			Kapitalserhöhg.		
	Anzahl	1000 M.		Anzahl	1000 M.			Anzahl	1000 M.		Anzahl	1000 M.	
Textil-Spezialfabriken ...	Juli	1	5 000	2	3 250		Lederfabriken	Juli	—	—	1	1 325	
	Aug.	3	8 500	—	—			Aug.	1	9 000	—	—	
	Sept.	3	38 000	5	72 000			Sept.	1	2 000	2	56 000	
Färbereien, Bleichereien und Appreturanstalten	Juli	—	—	1	4 300		Gummiwarenindustrie, Linoleumfabriken	Juli	2	4 500	4	28 219	
	Aug.	—	—	1	1 250			Aug.	—	—	1	3 900	
	Sept.	—	—	1	300			Sept.	—	—	2	7 000	
Bekleidungsindustrie, Hüte, Schuhwaren usw.	Juli	3	5 500	—	—		Holzindustrie, Möbel, Bürsten, Pinsel usw.	Juli	1	2 100	2	7 250	
	Aug.	2	7 500	3	33 500			Aug.	6	15 500	1	4 000	
	Sept.	3	9 500	—	—			Sept.	3	12 000	1	2 000	
Papierwarenindustrie, Holzstoff	Juli	—	—	6	86 560		Mühlenwerke	Juli	—	—	4	3 285	
	Aug.	3	2 600	4	19 900			Aug.	—	—	3	11 600	
	Sept.	3	5 300	7	24 460			Sept.	—	—	1	6 000	

(Fortsetzung folgt.)

Fab. Landau

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Wiederaufnahme des Verkehrs nach Australien. Die Aufhebung der bisher noch geltenden Restriktionen, die dieses Land zu seinem eigenen Nachteil als einziges aller Länder Deutschland gegenüber noch immer geübt hat, sollen, wie die australische Presse berichtet, in allernächster Zeit fallen.

Die deutschen Linien, die früher den gesamten Frachtverkehr des europäischen Kontinents dorthin durch die Bestellung von zahlreichen Abfahrten befriedigen konnten, die Deutsch-Australische Dampfschiffs-Gesellschaft und der Norddeutsche Lloyd, haben sich bereits auf die sofortige Wiederaufnahme des Dienstes eingestellt und mit der bekannten Reederei Holt, Liverpool, eine Vereinbarung über die Aufnahme des Verkehrs getroffen, so daß zunächst ein monatlicher Dienst sofort einsetzen wird, sobald die Restriktionen gefallen sind. Die Austral-Linie wird ihre neuesten großen und schnellen Schiffe in die Fahrt stellen, um gleich den Dienst in vorzüglichster Weise einzuführen. Sie wird dann auch, wie in früherer Weise, den Südafrikadienst beginnen, so daß auch dorthin, neben dem bisherigen deutschen Afrikadienst, weitere Abfahrten mit deutschen Schiffen geboten werden. — d.

Niederlande

Holland-Amerika Linie. Der Vorstand der Holland-Amerika Linie teilt mit, daß die Geschäftsergebnisse der Gesellschaft während der ersten neun Monate dieses Jahres, obwohl weniger günstig als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, doch derart sind, daß sie, falls nicht im letzten Vierteljahr noch unvorhergesehene Umstände eintreten, angemessene Rückstellungen und Abschreibungen sowie die Verteilung einer Dividende zulassen, die bei der heutigen Schifffahrtsslage als befriedigend angesehen werden darf.

Von den Neubauten der Gesellschaft sind vor Ende vorigen Jahres sieben geliefert und voll bezahlt worden. Diese neuen Schiffe eingeschlossen, steht die Flotte der Gesellschaft gegenwärtig mit 7 £ je t dw zu Buch. Die Fertigstellung der weiteren Neubauten, auf die bereits beträchtliche Summen bezahlt sind, wird sich bis 1922 und 1923 ausdehnen. Obwohl die Gesellschaft noch über große Mittel verfügt, wird sie doch das gesamte Bauprogramm nicht ohne weitere Kapitalhilfe durchführen können. Über diese Frage soll indessen in diesem Jahre nicht mehr entschieden werden. A. K.

Norwegen

Freihäfen in Norwegen. Im Juni 1915 wurde in Norwegen eine Kommission eingesetzt, die die Frage einer Einrichtung von norwegischen Freihäfen untersuchen sollte. Der jetzt erschienene Bericht dieser Kommission sagt, daß es im Hinblick auf die großen Ausgaben, die der Ausbau von Freihäfen erfordere, nötig wäre, diese Einrichtungen auf die wichtigsten und geeignetsten Häfen zu beschränken. Kristiania böte die besten Vorbedingungen, auch Stavanger, Bergen und Drontheim kämen vielleicht in Frage. Die Kommission schätzt die Kosten, die der Bau eines Freihafens in Kristiania nötig machen würde, auf etwa 31 Mill. Kr, wozu noch weitere 8 bis 9 Mill. Kr für die Schaffung leistungsfähiger Verkehrslinien zwischen Hafen und Stadt kämen. A. K.

Vereinigte Staaten

Die britischen Interessen der International Mercantile Marine Co. Die eingehenden Verhandlungen, die das ameri-

kanische Schifffahrtsamt mit der International Mercantile Marine Co. über ihre Beziehungen zur britischen Regierung gepflogen hat, haben eine Entscheidung über die Frage, ob dieser amerikanisch-britischer Konzern als ein zuverlässiger Faktor im Aufbau der amerikanischen Handelsschifffahrt anzusehen sei, nicht gebracht. Nach einer Erklärung Laskers sind weitere Verhandlungen nötig, die voraussichtlich in nächster Zeit in Washington stattfinden werden.

In den Verhandlungen vom 4. und 5. 10., zu denen die Abgeordneten beider Häuser, sowie zahlreiche Reeder und Schifffahrtsinteressenten eingeladen waren, bemühte Mr. Franklin, der Präsident der I. M. M., sich, nachzuweisen, daß seine Gesellschaft als ein amerikanischer Schifffahrtskonzern gewürdigt werden müsse. 93,5 % ihres Kapitals sei in amerikanischen Händen, 5 1/2 % gehöre holländischen, der Rest englischen, französischen und kubanischen Aktionären. Die Flotte bestehe aus zehn Schiffen von 125 632 Br. R. T. unter amerikanischer Flagge, 93 Schiffen von 873 746 Br. R. T. unter britischer Flagge und zwei Schiffen von 17 507 Br. R. T. unter belgischer Flagge. Während der letzten fünf Jahre habe die Gesellschaft mehr als 80 000 Br. R. T. amerikanischen Schiffsraums in den Überseediens eingesetzt, und keine andere Reederei habe sich mehr bemüht, die Absichten des Schifffahrtsamtes für die Entwicklung der amerikanischen Schifffahrt zu unterstützen. Wiederholt habe die I. M. M. Kaufangebote auf die ehemals deutschen Passagierdampfer des Schifffahrtsamtes abgegeben. Es habe sich erboten, ein Viertel des Kaufpreises sofort zu zahlen, sämtliche Wiederherstellungskosten zu tragen, die Schiffe sofort in die vom Schifffahrtsamt zu bezeichnenden Dienste einzustellen und sie unter amerikanischer Flagge zu halten. Keines ihrer Angebote sei berücksichtigt worden. Bei der Verauktionierung der deutschen Schiffe im Februar 1920, die dann untersagt worden sei, habe die I. M. M. das höchste Angebot gemacht. Auch das Anerbieten, die Schiffe zu chartern, sei abschlägig beschieden. Später hatte die U. S. Mail Steamship Co. die Schiffe erhalten.

„Der hauptsächlichste Vorwurf, der uns gemacht wird,“ sagte Franklin, „ist, daß wir Schiffe unter fremder Flagge besäßen. Sie sind gekauft worden zu einer Zeit, als noch kein nationales Schifffahrtsinteresse in Amerika vorhanden war. Wir haben versucht, die Schiffe an ein englisches Syndikat für 27 Mill. £ zurückzuverkaufen, um große Investitionen in amerikanischen Schiffen zu machen, aber dieser Verkauf ist durch Einspruch der amerikanischen Regierung verhindert worden.“

In der Diskussion über den zwischen der I. M. M. und der britischen Regierung bestehenden Vertrag, nach dem die britischen Schiffe des Konzerns — für die amerikanischen Schiffe kommt der Vertrag gemäß dem im Juni dieses Jahres abgeschlossenen Ergänzungsvertrag nicht in Anwendung — nicht in einer dem Handel und der Schifffahrt Großbritanniens nachteiligen Weise verwandt werden dürfen, wurde darauf hingewiesen, daß das britische Handelsamt die Direktoren der britischen Untergesellschaften der I. M. M. zu genehmigen habe und daß diese Direktoren die Gesellschaften in Wirklichkeit kontrollieren. Es wurde ferner hervorgehoben, daß der Vertrag bestimme, daß für jede Tonne amerikanischen Schiffsraums, die der Konzern baue oder erwerbe, auch eine Tonne britischen Schiffsraums in Dienst gestellt werden müsse. Auf die Frage, ob die I. M. M., falls das Schifffahrtsamt ihr eine Anzahl amerikanischer Schiffe überweise, nach dem Vertrag verpflichtet sei, eine gleiche Anzahl britischer Schiffe neu in Dienst zu

stellen, antwortete Franklin, daß dies von der Entscheidung des britischen Handelsamtes abhängen würde. Auch über Verschiedenheiten in der Auslegung des Vertrages habe das Handelsamt und als letzte Instanz der Lordkanzler zu entscheiden.

In bezug auf die Verschiedenheit der Betriebskosten der britischen und amerikanischen Schiffe äußerte Franklin, daß alle amerikanischen Schiffe der Gesellschaft, außer zwei, mit Profit arbeiteten. Die Betriebskosten der amerikanischen Schiffe seien aber ungleich höher, so daß ihm eine Subventionierung gerechtfertigt erscheine.

Lasker ließ sich über das Bedenkliche des Vertrages mit der britischen Regierung sehr vorsichtig aus. Er erklärte, daß das Schiffsamt weder der gegenwärtigen britischen Regierung, noch den Männern der I. M. M. mißtraue, aber es hätte alle „Schadensmöglichkeiten, die in dem Abkommen lägen, zu bedenken“. Unter außergewöhnlichen Umständen könnten Schwierigkeiten entstehen. Wenn die Vereinigten Staaten z. B. irgend einem Lande den Krieg erklärten und es für nötig hielten, über die Dampfer einer der englischen Untergesellschaften, z. B. der White Star Line zu verfügen, so könnte Großbritannien dies verhindern, da es nach dem Kontrakt das Vorrecht habe, die ganze Flotte der White Star Line zu kaufen oder zu mieten.

A. K.

Passagierlinien des amerikanischen Schiffsamtes nach London und Rotterdam. Der New Yorker Korrespondent der „Times“ berichtet, daß das Schiffsamt sich gegenwärtig mit dem Plan beschäftige, Passagierlinien zwischen New York und London, sowie zwischen New York und Rotterdam einzurichten. Der vorliegende Vorschlag, über den man zurzeit berät, will fünf der neuen, 14 Knoten laufenden Dampfer mit Einrichtungen für 85 Passagiere I. Kajüte und 650 Zwischendeckspassagieren in den Dienst nach Rotterdam und drei weitere 17-Knoten-Dampfer in den Dienst nach London, in dem bereits zwei Passagierdampfer des Schiffsamtes tätig sind, einstellen.

A. K.

Verkauf von Harrimandampfern an Ungarn. Einer Mitteilung des „New Yorker Journal of Commerce“ zufolge hat sich die American Ship & Commerce Corporation an das Schiffsamt mit dem Ersuchen gewandt, zwei ihrer Schiffe, die Dampfer „Mount Summit“ und „Mount Sidney“ (beides ehemalige österreichische Schiffe) an eine ungarische Gesellschaft verkaufen zu dürfen. Das Gesuch soll genehmigt sein. Die Schiffe sind besonders für den Dienst nach der Levante und dem Schwarzen Meer geeignet, einem Verkehrsgebiet, für das weder die American Ship & Commerce Corp. noch die United American Lines ein Interesse hätten.

(Gerüchweise verlautet, daß amerikanische Banken die Absicht hätten, sich an einem österreichischen Schiffsmonopol zu beteiligen. Lasker erklärte auf Anfrage, daß er von einer solchen Beteiligungsabsicht keine Kenntnis habe.) A. K.

Verlängerung des Immigration Law bis 30. 6. 1924 beantragt. Dem Immigration Committee des Kongresses ist ein Entwurf des Abgeordneten Raker (Kalifornien), eines der führenden demokratischen Mitglieder des Committee, unterbreitet worden, der das jetzige Einwanderungsgesetz bis zum 30. 6. 24 verlängern und eine Strafe von 100 \$ für jeden über die festgesetzte Quote herüberbeförderten Einwanderer verhängen will. Der neue Entwurf wird zugleich mit dem des Abgeordneten Cable, der eine Strafe von 1000 \$ festsetzt, beraten werden. Mr. Husband, der Einwanderungskommissar, ist mit dem Strafmaß der Raker-Bill (100 \$) einverstanden und meint, daß man den Schiffahrtsgesellschaften diese Buße nur auferlegen dürfe, wenn sie absichtlich das Gesetz verletzen.

A. K.

Keine amerikanischen Regierungsschiffe mehr für Reedereien, die zugleich mit Schiffen unter fremder Flagge arbeiten? Einige Mitglieder des Schiffsamtes sind der Ansicht, daß amerikanische Regierungsschiffe nicht mehr an Reedereifirmen überwiesen werden sollten, die zugleich mit fremden Schiffen arbeiten. Ein entsprechender Vorschlag wird demnächst im Schiffsamt zur Beratung kommen. Seine Vertreter meinen, daß Firmen, die über amerikanische und fremde Schiffe verfügen, geneigt sein könnten, diese auf Kosten jener zu bevorzugen, und sich nicht als zuverlässige Helfer beim Aufbau der amerikanischen Handelsschiffahrt erweisen würden. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser Vorschlag keine Folge der jüngsten Verhandlungen über die International Merchant Marine Co. ist, sondern bereits seit zwei Monaten dem Amt vorliegt.

A. K.

Sämtliche früher von den deutschen Schiffahrtsgesellschaften benutzten Hoboken-Piers vom Schiffsamt übernommen. Das War Department hat den früher vom Norddeutschen Lloyd benutzten Pier N. 1 in Hoboken, an dem später die Schiffe der Railroad Steamship Co. gegen eine Miete von monatlich 15 000 \$ löschten und luden, an das Schiffsamt abzugeben. Da die Piers 2, 3, 5 und 6 bereits von dem Amte kontrolliert werden, so verfügt dies jetzt über sämtliche von der Hamburg-Amerika Linie und dem Norddeutschen Lloyd ehemals benutzten Anlegeplätze. Pier 1 wird künftig von den im transatlantischen und Südamerika-Dienst beschäftigten Passagierdampfern des Schiffsamtes in Anspruch genommen werden.

Die sechs Piers in Hoboken wurden ehemals dem War Department vom Alien Property Custodian für die Summe von 7 600 000 \$ verkauft. Als die Jones-Bill Gesetz wurde, bestimmte der Kongreß, daß diese Piers an das Schiffsamt abzugeben seien. Die völlige Ausführung dieses Beschlusses ist jedoch bisher unterblieben, da der Präsident später durch Exekutivorder verfügte, daß einige der Piers im Besitze der Armee und Marine bleiben sollten, bis diese keine Verwendung mehr für sie habe.

A. K.

Japan

Japanisches Ladeliniengesetz. Zu den Staaten, die bisher gesetzliche Bestimmungen über die Tiedelladeflinien der Handelsschiffe getroffen hatten — Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden — wird binnen kurzem auch Japan zählen. Ein entsprechendes Gesetz ist angenommen und wird in Kürze durch kaiserliche Verfügung in Kraft gesetzt werden. Zurzeit schweben noch Verhandlungen zwischen dem japanischen Marineministerium und dem englischen Board of Trade über die gegenseitige Anerkennung der Ladelinienbestimmungen.

A. K.

Sonstiges

Verringerung der Welttonnage durch verloren gegangene und abgewrackte Schiffe. Nach den jetzt veröffentlichten Angaben des „Lloyd's Registers“ über Schiffsverluste, Abwrackungen im Jahre 1920 hat die Welttonnage während des genannten Jahres nur 518 595 Br. R. T. an Dampfer und 138 959 Br. R. T. an Segler verloren, insgesamt 657 554 Br. R. T. Im Verhältnis zur Größe der Welttonnage ist der Tonnageabgang überraschend gering; er beträgt wenig mehr als 1 % und bleibt hinter dem der letzten Vorkriegsjahre zurück. Folgende Aufstellung gibt Zahl und Tonnage für die einzelnen Jahre des Zeitraums 1911—20. (Die in Klammern beigefügten Zahlen zeigen, wieviel der angegebenen Schiffe infolge von Kriegsmaßnahmen verloren gegangen sind):

a) Dampfer				
	Zahl	davon Kriegsverluste	Br. R. T.	davon Kriegsverluste
1911	427		619 752	
1912	379		572 745	
1913	371		533 902	
1914	491	(154)	870 662	(360 110)
1915	992	(659)	1 893 718	(1 380 657)
1916	1284	(942)	2 271 401	(2 189 079)
1917	2605	(2211)	6 607 261	(5 957 913)
1918	1294	(911)	3 332 791	(2 674 428)
1919	425		524 172	
1920	370		518 595	

b) Segler				
	Zahl	davon Kriegsverluste	N. R. T.	davon Kriegsverluste
1911	461		265 091	
1912	341		176 220	
1913	294		184 028	
1914	275	(8)	184 450	(12 167)
1915	316	(67)	223 398	(57 516)
1916	511	(245)	284 634	(139 609)
1917	784	(523)	520 206	(392 449)
1918	525	(141)	159 919	(69 744)
1919	241		112 658	
1920	215		138 959	

Das Verhältnis des Tonnageabganges zur Gesamttonnage stellt sich für die einzelnen Schiffahrtsländer wie folgt:

Holland	0,25 %	Spanien	1,49 %	Schweden	2,15 %
Großbritannien	0,72 %	Deutschland	1,53 %	Norwegen	2,37 %
Ver. Staaten	1,16 %	Frankreich	1,97 %	Rußland	2,91 %

A. K.